

# Nordrhein-Westfalen **Landtag** **intern** 13

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 33. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 27.11.2002



G 2382



**Vereidigung** der Mitglieder des neuen Landeskabinetts: Parlamentspräsident Ulrich Schmidt (rechts unten) nahm sie zu Beginn der Plenarsitzung am 20. November vor, die Ministerinnen und Minister traten der Reihe nach ans Präsidentenpult und bekräftigten die Eidesformel mit den Worten „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe“ oder schlicht mit „Ich schwöre es“. Danach beglückwünschte der Präsident die Vereidigten und wünschte ihnen „alles Gute für Ihre verantwortungsvolle Aufgabe in der Zukunft“. Fotos: Schälte

## Die Woche im Landtag

### Regierungserklärung Seite 4

Der neue Ministerpräsident Steinbrück hat vor dem Landtag seine Regierungserklärung abgegeben.

### Grundsicherung Seite 6

Wer über 65 ist und über kein ausreichendes Einkommen verfügt, erhält ab Januar die neue Grundsicherung.

### Krankenversorgung Seite 8

Aktuelle Stunde: Nach Ansicht der CDU sind Tausende von Arbeitsplätzen in den Krankenhäusern des Landes durch die Pläne der Bundesregierung bedroht.

### Kinderrechte Seite 11

Für eine möglichst frühe Beteiligung von Kindern an der Politik haben sich Sachverständige ausgesprochen.

### Humanitäre Hilfe Seite 17

Das unbeschreibliche Elend psychisch kranker Menschen in der Ukraine hat zu einer Hilfsaktion geführt.

## Wort und Widerwort:

### **Welche Rolle spielt die Filmförderung im kulturellen Angebot des Landes?**

Darf die angespannte finanzielle Lage auf die Filmförderung durchschlagen? Entsprechen die in Nordrhein-Westfalen vorhandenen Strukturen den Bedürfnissen der Filmschaffenden und wie ist der Stellenwert des Films überhaupt einzuschätzen? Diese Fragen spielen eine Rolle, wenn über den Beitrag der Filmförderung zur kulturellen Vielfalt des Landes nachgedacht wird. Zu welchen Ergebnissen dabei die vier Fraktionen kommen, ist nachzulesen auf Seite 2.



**Von Marc Jan Eumann (SPD)**

Nordrhein-Westfalen hat sich als Standort für herausragende Filmproduktionen einen Namen gemacht. Aus



Nordrhein-Westfalen kommen großartige große und kleine Filme, hier wirken Schauspieler, Produzenten; Regisseure und Kameraleute, die zu den besten ihrer Zunft gehören. Filmproduktionen im „High-Budget-Bereich“ gehören genauso dazu wie eine innovative kulturelle Filmszene. Beides gehört untrennbar zusammen.

Die kulturelle Filmförderung nimmt deshalb innerhalb der Filmförderaktivitäten des Landes einen zentralen Platz ein. Selbst unter schwierigsten haushaltspolitischen Rahmenbedingungen werden wir im Haushalt 2003 Fördermittel in einem Gesamtvolumen von über 2,5 Mio. Euro vorsehen. Davon werden im bisherigen Umfang, mit einem Betrag von 1,5 Mio. Euro, Fördermittel zur Vergabe durch das Filmbüro NRW e. V. vorgesehen.

Es gibt aber auch Verbesserungsbedarf. Dass Filmwerkstätten bspw. von manchmal 4 oder 5 verschiedenen Fördertöpfen abhängig sind, kann dazu führen, dass für sich genommen kleinere Kürzungen der Mittel, wenn sie an mehreren Stellen gleichzeitig erfolgen, in der Summe dramatische Auswirkungen haben. Deshalb stehen die Förderstrukturen der kulturellen Filmförderung auf dem Prüfstand.

**Von Dr. Stefan Grüll (FDP)**

Festivals wie Femme totale und Feminale, die Oberhausener Kurzfilmtage, aber auch Köln, Mühlheim und Lünen sind wenige Stichworte, die den guten Ruf der nordrhein-westfälischen Filmszene über die Grenzen des Landes hinaus ausmachen. National und international bedeutende Filmemacher, Autoren, Regisseure und Produzenten haben ihre Karriere nicht selten



zwischen Rhein und Weser begonnen. Filmstiftung und Filmbüro leisten wichtige Beiträge, das Filmland NRW weiterzuentwickeln. Gleiches gilt für die Filmwerkstätten, die vor allem in der Region wichtige Aufgaben, zum Beispiel als Veranstalter von Wettbewerben übernommen haben. Auf den bisherigen Erfolgen aufbauend, kann Erreichtes aber nur dann ausgebaut werden, wenn sich das Land auch in Zukunft in Sachen Filmförderung finanziell engagiert. Die Filmförderung hilft, kulturelle Vielfalt zu sichern und nordrhein-westfälische Identität zu schaffen. Sie ist darüber hinaus ein wichtiges Element der Nachwuchsförderung. Dies gilt es bei den anstehenden Entscheidungen zu berücksichtigen, die sowohl in organisatorisch-struktureller Hinsicht, unter anderem bei der Neuordnung des Filmbüros, als auch mit Blick auf die desolante Haushaltslage auf der politischen Tagesordnung stehen. Für die FDP-Fraktion lautet angesichts der kulturellen Bedeutung des Films die Devise: Kein Ausstieg des Landes aus der Filmförderung!

zwischen Rhein und Weser begonnen. Filmstiftung und Filmbüro leisten wichtige Beiträge, das Filmland NRW weiterzuentwickeln. Gleiches gilt für die Filmwerkstätten, die vor allem in der Region wichtige Aufgaben, zum Beispiel als Veranstalter von Wettbewerben übernommen haben. Auf den bisherigen Erfolgen aufbauend, kann Erreichtes aber nur dann ausgebaut werden, wenn sich das Land auch in Zukunft in Sachen Filmförderung finanziell engagiert. Die Filmförderung hilft, kulturelle Vielfalt zu sichern und nordrhein-westfälische Identität zu schaffen. Sie ist darüber hinaus ein wichtiges Element der Nachwuchsförderung. Dies gilt es bei den anstehenden Entscheidungen zu berücksichtigen, die sowohl in organisatorisch-struktureller Hinsicht, unter anderem bei der Neuordnung des Filmbüros, als auch mit Blick auf die desolante Haushaltslage auf der politischen Tagesordnung stehen. Für die FDP-Fraktion lautet angesichts der kulturellen Bedeutung des Films die Devise: Kein Ausstieg des Landes aus der Filmförderung!

**Von Richard Blömer (CDU)**

Die kulturelle Filmförderung ist ein Grundbestandteil des kulturellen Lebens in NRW.

Das Filmbüro und die Filmwerkstätten leisten hierfür einen unverzichtbaren Beitrag. Sie arbeiten unabhängig vom kommerziellen Erfolg und gewährleisten damit, dass auch Randthemen mit hohem kulturellem Anspruch realisiert werden können. Daher kritisiert die CDU die Pläne der Landesregierung, wonach das Filmbüro lediglich eine Abteilung in der eher kommerziell orientierten Filmstiftung bilden soll. Das Filmbüro muss in seiner Struktur



unabhängig bleiben, denn oft sind es gerade auch unterfinanzierte, anspruchsvolle Filme, die bereichern. Hier wird fehlendes Geld durch Phantasie ersetzt. Hier gehen die Filmemacher an die Grenze ihrer Existenz. Das Filmbüro in NRW ist wesentlich mitverantwortlich für die Ansiedlung von jungen Filmemachern und kleinen Produktionsfirmen im Land. Darauf sind wir allein deshalb angewiesen, um im Wettbewerb mit anderen Bundesländern mithalten zu können. Die Filmwerkstätten

und -häuser sorgen dafür, dass auch der ländliche Raum einbezogen wird. Mit den Bereichen Weiterbildung, Professionalisierung und Nachwuchsförderung sind sie aus der regionalen Filmkultur nicht wegzudenken. Kunst im Film veranlasst den Menschen über sich nachzudenken. Daher darf gerade die Förderung des kulturellen Films in Nordrhein-Westfalen nicht eingeschränkt werden.

**Welche Rolle spielt die Filmförderung im kulturellen Angebot des Landes?**

**Von Oliver Keymis (GRÜNE)**

Die kulturelle Filmförderung in NRW spielt eine wichtige Rolle und ist im Landeshaushalt in zwei verschiedenen Bereichen, nämlich beim Kulturminister und in der Staatskanzlei mit den entsprechenden Haushaltstiteln vertreten.

Die Filmwerkstätten unseres Landes werden aus dem Kulturhaushalt vor allem gefördert, die Filmstiftung NRW erhält – wenn dem der Landtag Nordrhein-Westfalen so zustimmt – eine Abteilung Filmbüro NW, die sich, wie bisher, mit der Förderung des kulturellen Films, des Dokumentarfilms und der Nachwuchspflege schwerpunktmäßig befasst. Die Filmstiftung NRW selbst fördert, wenn auch unter stärker ökonomischen Aspekten, ebenfalls kulturell wertvolle Filme und insofern unterstreicht die künftige Integration des Filmbüros NW in der Filmstiftung NRW die besondere kulturelle Bedeutung, welche die Filmförderung im Lande NRW genießt. Dass dies auch in den Zeiten knappster öffentlicher Haushalte vom Landtag NRW gewährleistet wird, dafür haben sich GRÜNE gemeinsam mit dem Koalitionspartner stark gemacht. Für den Medienstandort NRW sind eine wachsende Filmproduktion und die lebendige Szene unabhängiger ProduzentInnen von großer Bedeutung. Die Filmförderung spielt also auch künftig eine sehr wichtige Rolle im kulturellen Angebot des Landes, wie ja auch die diversen, gut besuchten Festivals in unserem Land immer wieder eindrucksvoll belegen.







## Neue Namen, neuer Zuschnitt: Steinbrück überraschte viele mit seiner Ministerriege

### Der neue Ministerpräsident stellte sein Kabinett vor

Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) hat sein Kabinett vorgestellt. Sieben Minister, die schon unter Wolfgang Clement gedient hatten, gehören zu den geänderten Zuständigkeiten, weiter an: Jochen Dieckmann, der aus dem Justiz- in das Finanzressort gewechselt ist, Dr. Fritz Behrens, (weiterhin Innenminister), Harald Schartau – sein Ressort Wirtschaft wurde um den Bereich Arbeit erweitert –, Birgit Fischer, neben Schartau die zweite „Superministerin“ für Gesundheit und Soziales (die Bereiche Frauen und Familie gehören weiterhin mit dazu), die frühere Europaministerin Hannelore Kraft, die jetzt für Wissenschaft und Forschung verantwortlich zeichnet, sowie die beiden von den Grünen gestellten Minister Dr. Michael Vesper und Bärbel Höhn, deren Zuständigkeit keine Änderung erfahren hat.

Zwei bisherige Minister haben das Kabinett verlassen. Gabriele Behler, die ab 1995 als Ministerin für Schule und Weiterbildung, dann ab 1998 als Ministerin in dem damals mit dem Ressort Wissenschaft und Forschung zusammengelegten Bildungsministerium amtiert hat, wollte der Neuordnung der NRW-Ministerien durch den neuen Ministerpräsidenten nicht im Wege stehen. Ihr Kollege Ernst Schwanhold, der ab Ende Juni 2000 das jetzt geteilte Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr geleitet hat, verließ ebenfalls den Kabinettschiff.

Vier neue Gesichter hat der Chef des Landes in seine Ministerriege geholt. Wolfgang Gerhards (53), der neue Justizminister des Landes, stammt aus Mülheim an der Ruhr, ist Jurist und war von 1998 bis Mai diesen Jahres Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt. Nach Studium, Referendariat und mehrjähriger Arbeit als Verwaltungsrichter in Köln und Münster ging er 1988 zur SPD-Bundestagsfraktion, war kommunalpolitisch in Brühl tätig, trat in den Dienst des Landes Rheinland-Pfalz ein und wurde danach Chef der sächsisch-anhaltinischen Staatskanzlei, bis er vom

damaligen Ministerpräsidenten Höppner als Finanzminister in sein Kabinett geholt wurde. Gerhards ist verheiratet und hat drei Kinder.

Ute Schäfer (48) kommt aus der SPD-Fraktion im Landtag NRW. Sie übernimmt als Schul- und Jugendministerin ein neu zugeschnittenes Ressort. Die aus Lage in Ostwestfalen gebürtige Lehrerin hat zehn Jahre lang an Hauptschulen in ihrer Heimatstadt und in Detmold unterrichtet, bevor sie Konrektorin in Augustdorf und Lage wurde. Ende der 80-er Jahre ging sie in die Politik, erst auf kommunaler Ebene, dann wandte sie sich der Landespolitik zu, als sie bei der Wahl im Jahr 2000 im Wahlkreis 113 (Lippe I) direkt in den Landtag NRW entsandt wurde. Hier war sie zuletzt Mitglied im Ausschuss für Schule und Weiterbildung und stellvertretendes Mitglied im Verkehrs-, im Sport- und im Kulturausschuss.

### Karriere

Dr. Axel Horstmann, bis zu seiner Ernennung Mitglied der SPD-Landtagsfraktion und Mitglied im Ausschuss für Kommunalpolitik, war schon einmal Minister in NRW; von 1995 bis 1998 fungierte er als Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Der 48-jährige Ostwestfale stammt aus Enger, ist verheiratet und hat drei Kinder. Nach seiner Promotion im Fach Wirtschaftswissenschaften begann er seine politische Karriere als Amtsleiter für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften, als Stadtkämmerer und erster Beigeordneter der Stadt Detmold. Dem Landtag NRW gehört Horstmann seit 1995 an, in dieser Wahlperiode bekleidet er in der SPD-Fraktion den Posten des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. 2002 ist er Schatzmeister des Landesverbands geworden. Das jetzt von ihm geleitete Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung (kurz „Infrastrukturministerium“) gilt als Schlüsselressort für die Entwicklung des Landes.

Wolfram Kuschke (52) ist zum Minister im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten des Landes ernannt worden. In Menden geboren, studierte er Geschichte und Poli-

Ein Team, in dem die Frauen in der Überzahl sind, das neue Kabinett Steinbrück (v.l.): Jutta Köhn, Bevollmächtigte des Landes beim Bund, Professor Dr. Miriam Mekkel, Staatssekretärin für Europa, Internationales und Medien, dann die Minister Wolfram Kuschke, Dr. Fritz Behrens, Ute Schäfer, Dr. Michael Vesper, Birgit Fischer, MP Steinbrück, Dr. Axel Horstmann, Hannelore Kraft, Jochen Dieckmann, Bärbel Höhn, Wolfgang Gerhards und Harald Schartau. Foto: Schälte

tikwissenschaft in Münster, arbeitete in der Erwachsenenbildung und als wissenschaftlicher Mitarbeiter und später Lehrbeauftragter an der Ruhr-Universität Bochum. Dreizehn Jahre, von 1985 bis 1998 gehörte der in Lünen wohnende Kuschke dem Landtag an, dann wurde er Regierungspräsident in Arnsberg. Im Landesparlament war er als Mitglied im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge sowie im Hauptausschuss vertreten. Seit 1992 ist er Stadtverbandsvorsitzender in Lünen und seit 1996 gehört der dem SPD-Landesvorstand an.

Neu in seine Mannschaft hat Ministerpräsident Peer Steinbrück als Staatssekretärin im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten Jutta Köhn (52) aus Essen aufgenommen. Sie ist Bevollmächtigte des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund. Die gebürtige Essenerin hat Rechtswissenschaften in Münster, Genf, Heidelberg und Hamburg studiert und als Anwältin in Hamburg gearbeitet, bevor sie auf nationalem und internationalem Parkett politisch tätig wurde. Nach ihrer Aufgabe, die Akademie der Wissenschaften in der DDR abzuwickeln, ging sie zum Senat der Freien und Hansestadt Hamburg zurück, führte dort für ein paar Jahre die Staatliche Pressestelle und leitete von 1995 bis 2002 die Hamburger Vertretung beim Bund. Jutta Köhn ist verheiratet.

Die ersten Reaktionen waren gemischt. Dr. Jürgen Rüttgers, Oppositionsführer und CDU-Fraktionsvorsitzender, murrte, als die Zusammensetzung bekannt wurde: „Kabinett der Beamten ohne Glanz und Perspektive“. Bis auf Minister Schartau komme die ganze Mannschaft aus dem öffentlichen Dienst; das stehe nicht für Aufbruch und Innovation, sondern „Stillstand und Bürokratie“. Die FDP-Fraktion im Landtag setzte aus, der Regierungschef habe „mehr Masse als Klasse zusammengebracht“.



# Steinbrück: „Wir können es schaffen“ CDU und FDP urteilen: Chance verpasst

## Lebhafte Debatte um die Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten

*Auf einen strengen Sparkurs hat Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) in seiner Regierungserklärung vor dem Landtag am 20. November die Bürgerinnen und Bürger des Landes eingestimmt. Sein Motto über der Erklärung lautete: „Klarer Kurs. Konzentration der Kräfte – Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen“. Die Opposition übte scharfe Kritik: „Bürokratisches Gesamtkunstwerk“ meinte die CDU; „Rede ohne Biss und Feuer“ urteilte die FDP. Die beiden Regierungsfractionen sagten dem neuen Ministerpräsidenten ihre Unterstützung zu.*

**Ministerpräsident Peer Steinbrück** (SPD) zeichnete ein nüchternes Bild der Lage zu Beginn seiner Amtszeit als neuer nordrhein-westfälischer Ministerpräsident. Das Land stehe vor überaus schwierigen Aufgaben und habe einen schwierigen Weg vor sich, aber er sei überzeugt, dass man die Menschen für notwendige Veränderungen gewinnen könne. Sicher würden dann kurzfristig politische Sympathiepunkte abgezogen, wenn man Zuerst zusetzen und die Bereitschaft abfordern müsse, „notwendige Veränderungen zu tragen und mit zu ertragen“. Mit Blick auf sein Kabinett versprach er: „Die Menschen verlangen einen klaren Kurs nicht weniger als eine zupackende Frau- und Mannschaft auf dem politischen Deck – auch und gerade in besonders schwieriger Zeit. Wir wollen für sie arbeiten – selbstbewusst und zuversichtlich und ohne Rechthaberei. Zuversichtlich, denn wir können auf die Stärken, den Reichtum und die Attraktivität dieses Landes und seiner Regionen bauen“. Die drängendste und wichtigste Aufgabe sei die Reform der Arbeitsmarktpolitik; das Hartz-Konzept werde die Landesregierung „passgenau für Nordrhein-Westfalen umsetzen“. Auch in schwieriger Zeit bekenne man sich zur Priorität der Bildung. Die Politik der Nachhaltigkeit („Konkrete Anleitung zum politischen Handeln“) sei eine Politik der Zukunftssicherung. Braun- und Steinkohle bezeichnete der Regierungschef als eine wesentliche Grundlage der Energieversorgung des Landes; „ein lebens- und leistungsfähiger Steinkohlenbergbau wird auch in Zukunft auf Beihilfen angewiesen sein“. Man werde den Anteil regenerativer Energien an der Stromversorgung „aus ökonomischer und ökologischer Verantwortung“ weiter vorantreiben. Sozialpolitik müsse neue Chancen schaffen, zu eigener Initiative ermutigen und dazu beitragen, Fehlentwicklungen im Ansatz zu verhindern. Im übrigen verknüpfte der Ministerpräsident soziale mit

der inneren Sicherheit. Die Menschen sollten sich in den U-Bahnen sicher fühlen und in Notlagen auf Schutz und Solidarität der Gesellschaft rechnen können. Im Verlauf seiner Regierungserklärung kündigte Steinbrück unter anderem eine Bundesratsinitiative des Landes zusammen mit Niedersachsen „zur Wiedereinführung einer Vermögenssteuer in einer verfassungsgerichtsfesten Form“ an. Den Erlös bezifferte er auf etwa eine Milliarde Euro. Davon, so der Ministerpräsident weiter, könnten zwei Drittel zur Bildungsfinanzierung aufgewendet und ein Drittel werde den Kommunen für Investitionen zur Verfügung gestellt werden.

Ein weiterer Punkt waren die ursprünglichen Pläne, bereits ab Sommersemester 2003 Studiengebühren zu erheben: Davon werde man Abstand nehmen und eine möglichst frühe Einführung des geplanten Studienkontenmodells „auf der Basis einer noch zu definierenden gebührenfreien Studienzzeit“ anstreben. Steinbrück sagte erneut zu, die unterschiedlichen landeseigenen Gesellschaften auf den Prüfstand zu stellen. Je nach Effizienz oder Effektivität scheue er sich nicht, einzelne Gesellschaften „ganz oder teilweise rückabzuwickeln“. Die öffentlich-rechtliche Landesbank werde zu einer Landesförder- und Strukturbank fortentwickelt, die vor allem dem Mittelstand dienen und Programme des Landes abwickeln solle. Zum Kommunalverband Ruhrgebiet kündigte er an, „wir werden das KVR-Gesetz novellieren, die kommunale Zusammenarbeit stärken und der Ruhrregion ein Mitgestaltungsrecht bei der Regionalplanung einräumen“. Im Maßregelvollzug des Landes würden die Vorhaben von sechs neuen Kliniken und insgesamt 470 Plätzen „trotz lokaler Widerstände weiter planmäßig umgesetzt“, betonte er.

Der Ministerpräsident kündigte ab 2004/2005 einen Doppelhaushalt an. Man werde das Ziel weiter verfolgen, die „preußisch-gute, aber inzwischen angestaubte Kameralistik“ schrittweise abzuschaffen und zur Kosten-Leistungsrechnung fortzuschreiben. Weiterhin werde man einen Pensionsfonds zur Reduzierung der Pensionslasten einrichten. Neue Gesetze würden im Zuge des Fortgangs der Entbürokratisierung mit einem „Verfallsdatum“ versehen; darüber blieben die Gesetze nur in Kraft, wenn in einer Beweislastumkehr begründet werden könne, dass sie unabkömmlich notwendig sind.

Seine volle Unterstützung erklärte der Ministerpräsident für die Bewerbung um die Olympiade 2012 und für die geplante

Einführung des Metrorapids: „Die Landesregierung will den Metrorapid“. Sie sehe dabei hohe Wertschöpfungsanteile und Arbeitsplatzeffekte für NRW.

Im sozialen Bereich kündigte Steinbrück unter anderem an, man werde ab 2004 fünf Millionen Euro zur Förderung und Unterstützung des Ehrenamts zur Verfügung stellen.

Zum Schluss seiner Erklärung meinte der Ministerpräsident, die Zeit, die vor uns liege, sei nicht die „Zeit des Zu- oder Wegschauens, sondern die Zeit des Zupackens“. Er lade jeden und jede ein, „mit aktiv zu werden für eine gerechtere, sozialere, bessere Gesellschaft“, in der weniger „ich“ als vielmehr „wir“ gesagt werde. Steinbrück: „Das Ziel lohnt jede Anstrengung. Wir können erfolgreich sein: Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen!“

**Dr. Jürgen Rüttgers**, CDU-Fraktionsvorsitzender, nannte die Darlegungen eine Regierungserklärung der Überschriften, ohne Perspektive, „kein Aufbruch, kein Neuan-



fang, keine Vision, kein Konzept“. Das Land sei finanzpolitisch ein Sanierungsfall geworden, es müsse überall „auf unfaire und ungerechte Art und Weise“ gekürzt werden; dafür trage Rot-Grün Verantwortung – „und Sie sollen jetzt den Insolvenzverwalter machen“, sagte er dem Ministerpräsidenten: Mit dem höre die Herrschaft von Rot-Grün im Lande auf, prophezeite er. Er, Steinbrück, habe das Land in die politische Handlungsunfähigkeit geführt. Und jetzt gebe es keine Aussicht auf Besserung; Ausdruck



dieser Tristesse sei die Regierungsmannschaft, die Rüttgers als „Beamtenkabinett“ apostrophierte. Scharf ging er mit der Steuerpolitik ins Gericht: Steuererhöhungen und Abgaben seien Gift für die Konjunktur. Der Doppelhaushalt werde nur eingeführt, um angesichts der Kommunalwahl 2004 und der Landtagswahl 2005 den Menschen nicht die ungeschminkte Wahrheit sagen zu müssen (Rüttgers: „Fortgesetzte Bilanzfälschung und ein weiterer geplanter Wählerbetrug“). Es gebe keine Chance, von der geplanten Vermögensteuer neue Einnahmen zu erhoffen. Außerdem benötigten die Kommunen das Geld jetzt und nicht irgendwann. Die neu angekündigte Arbeitsmarktpolitik nach dem Hartz-Konzept (und was daraus gemacht werde) sei bloße Ankündigung: „Neue Flops statt neuer Jobs“. Er, Rüttgers, teile die Sorge des Ministerpräsidenten um die negativen Effekte sinkender Investitionen – aber wer habe die kommunalen Kassen geplündert? Das müsse ein Ende

**Edgar Moron**, SPD-Fraktionsvorsitzender, vermochte kein Niveau in der Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden zu erkennen, dafür „aber streifen Sie die Grenze zur Verletzung und zur Beleidigung“. Wer so das politische Diskussionsklima vergifte, schade allen. Die Einlassungen der Opposition („Sie haben keine Orientierung“) blendeten weite Bereiche der Wirklichkeit im Lande aus, allen werde alles versprochen, ohne Alternativen zu entwickeln: So trage man nicht zur Lösung von Problemen bei. Dagegen der Ministerpräsident (Moron: „Diese Regierungserklärung passt zu diesem Mann, und dieser Mann passt zu unserem Land“): „Klare Worte, Konzentration auf die wichtigsten landespolitischen Ziele und konsequente Verknüpfung der zentralen politischen Aufgaben mit dem neuen Zugschnitt des Kabinetts – jawohl, so

gensteuerpläne setze sich die Union dem Verdacht aus, ihr sei das Wohl der Superreichen wichtiger als die Erschließung neuer Finanzierungsmöglichkeiten, um das Bildungssystem voranzubringen. Im Reformprozess sei man den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet, aber nicht den verkrusteten Denkstrukturen einiger Interessenvertreter. Das starke Land NRW habe in der Vergangenheit schon einige Krisen gemeistert. Es verfüge über reformerische Kräfte, sie sich auch unter den neuen Herausforderungen entfalten.

**Dr. Ingo Wolf**, Vorsitzender der FDP-Fraktion, fand kein Reformkonzept und zählte die nach seiner Ansicht feststellbaren Defizite der Regierungserklärung („überwiegend substanzlose Politprosa“) auf: Kein Erfolg beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit (nicht nur besser verwalten, sondern neue Jobs schaffen), Unternehmenspleiten, zu geringe Selbständigenquote. Die wichtigen Problemfelder würden zwar aufgezeigt, aber der Ministerpräsident bleibe Hinweise auf Lösungsmöglichkeiten schuldig. Von dem angekündigten Widerstand gegen Berliner Entscheidungen zu Ungunsten des Landes würde er, Wolf, gern mehr als Worte hören, den Beweis sei die Regierung in der Vergangenheit nicht angetreten. Jetzt müsste es sogar „einen einzigen Proteststurm gegen die Steuererhöhungspläne“ geben, fand er und erteilte Plänen einer Vermögensteuer eine Abfuhr. Den Ministerpräsidenten forderte er auf, aus PISA, Arbeitslosigkeit, Finanzmiserie, sozialer Schieflage der Kommunen und Beeinträchtigung der inneren Sicherheit Konsequenzen zu ziehen: „Dienen Sie dem Land und nicht der Partei!“

**Sylvia Löhrmann**, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, meinte an die CDU gewandt, „Mosern, Meckern und Maulen reichen nicht“ – schon gar nicht angesichts der Herausforderungen der Renten- und Gesundheitspolitik sowie der Finanzpolitik. Hier seien die Grünen für das Prinzip der Nachhaltigkeit. Auch wenn die Lage ernst sei, der Kurs der Haushaltskonsolidierung werde nicht aufgegeben. In der Politik stehe man vor einer Weggabelung: Entweder „weiter so“ und Besitzstandwahrung oder Innovation, Konzentration auf Bildung und Ausbildung, ökologisch verträgliche Wachstumsmärkte und regenerative Energien sowie auf den gesellschaftlichen Ausgleich. Um die Aufgaben zu bewältigen, brauche man einen größtmöglichen gesellschaftlichen Konsens. Viele Menschen seien zu Einschnitten bereit, wenn sie wissen, wo es hingehen solle. Ihre Fraktion sehe Nordrhein-Westfalen auf der Höhe der Zeit, modern im 21. Jahrhundert. Löhrmann: „Vorhang auf! Wir stehen hier zur Mitte dieser Wahlperiode und nach einer gewonnenen Bundestagswahl und starten mit unserem Ministerpräsidenten in die zweite Halbzeit.“  
J.K.



*Die Zukunft  
des Landes  
im Visier*

haben, dann gehe es nicht nur mit den Kommunen, sondern auch am Arbeitsmarkt wieder aufwärts. Der CDU-Fraktionschef zusammenfassend an Steinbrücks Adresse: „Ihre Regierungserklärung war wirtschaftspolitisch konzeptionslos, sie war finanzpolitisch ziellos, und sie war sozialpolitisch ratlos“. NRW brauche Wahrheit und Klarheit; es brauche Hoffnung für alle. Aber da bleibe Steinbrück ohne Überzeugungskraft: „Sie werden das Land nicht aus der Krise führen“.

soll es sein, und so ist es auch richtig“. Die SPD-Fraktion unterstütze die strategische Neuausrichtung der Landesregierung und die Ziele der Regierungserklärung, betonte Moron und wandte sich an Steinbrück: „Sie können sich auf uns verlassen. Sie haben in uns einen verlässlichen Partner für eine Reformpolitik, die in der Kontinuität des Koalitionsvertrags und in der bisherigen Regierungsarbeit steht. Wir werden die nächsten zweieinhalb Jahre gemeinsam erfolgreich gestalten“. Mit ihrer Ablehnung der Vermö-



## NRW regelt die Umsetzung der neuen Grundsicherung des Bundes Statt Minirenten voller Unterhaltsanspruch ab 2003



Betroffen seien vor allem Frauen der Nachkriegsgeneration, meinte Michael Scheffler (SPD, l.). Zusätzliche Kosten für die Kommunen bei der Umsetzung der Grundsicherungsansprüche befürchteten Angelika Gemkow (CDU, 2.v.l.) und Dr. Ute Dreckmann (FDP, 2.v.r.). Barbara Steffens (GRÜNE) sagte, endlich werde die verschämte Altersarmut beseitigt.

Ein NRW-Ausführungsgesetz (Drs. 13/3095) zum Bundesgesetz „über bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ (Bundesgesetzblatt I, 35/ 2001) überwies der Landtag nach der 1. Lesung am 8. November in die Ausschussberatung. Das Gesetz soll zum 1. Januar 2003 in Kraft treten.

**Sozialminister Harald Schartau** (SPD) erläuterte, ein neues Sozialleistungssystem mit Fürsorgecharakter werde eingeführt. Personen über 65 Jahre und dauerhaft voll Erwerbsgeminderte ab 18 Jahren hätten Anspruch auf Grundsicherung. Viele hätten den Gang zum Sozialamt gescheut und den Unterhaltsrückgriff auf ihre Kinder befürchtet. Nun werde geregelt, dass Kinder oder Eltern

bis zu einem jährlichen Gesamteinkommen von 100000 Euro nicht zum Unterhalt herangezogen werden. Damit werde die Hauptursache für verschämte Altersarmut beseitigt. Der Bund stelle dafür jährlich 409 Millionen Euro zur Verfügung. Die Landesregierung gebe den NRW-Anteil in vollem Umfang an die Kommunen und Kreise weiter, die das Gesetz umsetzen sollten. Bei vollstationärer Eingliederungshilfe seien die Landschaftsverbände die Träger der Grundsicherung.

**Michael Scheffler** (SPD) ergänzte, die Leistungen orientierten sich an der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt und sicherten die Aufstockung einer Minirente, ergänzt durch eine monatliche Pauschale von 15 Prozent des Regelsatzes eines Haushaltsvorstands zuzüglich der Kosten

für Unterkunft und Heizung sowie der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung. Bis zu 370000 älteren Menschen werde dadurch ein Ruhestand in Würde ermöglicht. Vor allem Frauen der Nachkriegsgeneration seien betroffen, die keinen ausreichenden Rentenanspruch aufgebaut hätten. Bund und Länder rechneten mit niedrigeren Kosten als veranschlagt und wegen der Pauschalierung auch mit Kostenersparnissen gegenüber Sozialhilfe.

**Angelika Gemkow** (CDU) hielt viele Fragen und die Finanzierung für nicht hinreichend geklärt. Die Bundesmittel würden nicht ausreichen. Die Kommunen müssten mit zusätzlichen Kosten von 200 Millionen Euro rechnen. Sie seien finanziell bereits am Ende und müssten massive Einsparungen vornehmen. Kinder, Jugendliche, alte Menschen und Ausländer müssten auf bewährte Hilfen verzichten. Personal werde dann in anderen Bereichen fehlen. Ehrenamtliche und Profis im Sozialbereich würden ihre Arbeitsplätze verlieren. Die Grundsicherung kommunaler Dienstleistungen sei nicht mehr möglich.

**Dr. Ute Dreckmann** (FDP) begrüßte die Idee, lehnte aber die Finanzierungsvorstellungen ab. Der Bund übertrage den Kommunen eine neue Aufgabe ohne entsprechende Kostenerstattung. Der Kreis Gütersloh rechne mit Mehrbelastung von 2,5, Höxter mit Mehraufwand von einer und Herford mit drei Millionen Euro. Das Gesetz sei in der aktuellen Situation unverantwortlich.

**Barbara Steffens** (GRÜNE) äußerte sich entsetzt darüber, dass über die desaströse Altersarmut nur am Rande geredet werde. Es gehe vor allem um ältere Frauen, die ihre Sozialhilfeansprüche nicht geltend machten, aus Angst vor dem Rückgriff auf ihre Kinder. Wichtig sei auch, dass Menschen mit Behinderungen materiell nicht mehr von den Angehörigen abhängig sein würden.

### Unterschriften- Kampagne zur Pflege



Dr. Jörg Steinhausen (l.) übergab Landtagspräsident Ulrich Schmidt eine Sammlung von 100000 Unterschriften, die im Rahmen einer Kampagne für die Zukunft der Pflege von der Freien Wohlfahrtspflege NRW gesammelt wurden. Der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft und der Landtagspräsident äußerten übereinstimmend, der Pflegedienst dürfe nicht zum Nachteil der Pflegebedürftigen und der Pflegenden reglementiert werden.

Am 13. November diskutierten 200 Vertreterinnen und Vertreter aus der ambulanten Pflege sowie aus Fachseminaren der Altenpflegeausbildung der Freien Wohlfahrtspflege NRW im Plenarsaal des Landtags über Probleme der Pflegeberufe und der Verwaltungen.



# Hoffnung auf deutsch-türkische Kooperationen

## Positive Bilanz für türkischstämmige Unternehmensgründungen



Gäste und Gastgeber in der Sitzung der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe (v.l.): Köksal Öztürk, Yunus Ulusoy, Wolfgang Röken und Kenan Aydin. Foto: Schälte

Die Bedeutung der türkischstämmigen Selbstständigen und ihre mögliche Rolle für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Türkei standen im Mittelpunkt eines Treffens der neu gegründeten Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe im Landtag. Als Referenten standen Yunus Ulusoy von der Transferstelle/ZfT Essen und - von Unternehmerseite - Köksal Öztürk (Otoman Marketing GmbH, Oberhausen) und Kenan Aydin (EN Baugesellschaft mbH, Ennepetal) Rede und Antwort.

die Unternehmerschaft türkischer Herkunft im Jahr 2000 einen Jahresumsatz von bundesweit 28,48, in NRW von 10,53 Milliarden Euro bei einem Investitionsvolumen von 6,95, bzw. 2,56 Milliarden Euro. Die Statistik zum Beispiel zu Lieferanten- und Kundenkontakten sowie zur Beschäftigung (qualifizierter) ‚eingeborener‘ Arbeitskräfte verdeutlicht, dass es sich hierbei keineswegs um eine ‚Ghettoökonomie‘ handelt, sondern dass vielmehr die sozial-integrativen Effekte gesamtgesellschaftlich auf der Hand liegen.

Ulusoy gab einen fundierten Überblick über die inzwischen sprießend zu nennende Landschaft türkisch-deutscher Unternehmungen, die durch ein „günstigeres institutionelles Klima für die Selbstständigkeit“ ermutigt wurde. Er betonte deren zunehmende ökonomische Bedeutung im Wirtschaftsleben der Bundesrepublik und Nordrhein-Westfalens. Der typische Unternehmer türkischer Herkunft ist 38 Jahre alt, lebt seit 22 Jahren in Deutschland und war in der Lage, seinen Betrieb seit acht Jahren aufrecht zu erhalten. In ökonomisch schwieriger Lage zeichnet er sich, geschützt durch familiäre Selbsthilfepotenziale, durch eine hohe Risikobereitschaft aus; zudem durch ein im Migrationsprozess erworbenes interkulturelles Know-how, das ihn befähigt, der gegenwärtig scharfen Wettbewerbssituation in besonders genügsamer Weise zu begegnen. Gemeinsam erwirtschaftete

gen die türkischstämmigen Betriebe im Inland und die kaum zu unterbietende ‚Billigkonkurrenz‘ aus dem europäischen Ausland. Hier erkennt Aydin einen politischen Handlungsbedarf.

Der überraschende Ausgang der türkischen Parlamentswahlen am 3. November ist nach Einschätzung Ulusoy nicht als Ausdruck einer Re-Islamisierungsbewegung, sondern einer massiven Unzufriedenheitsreaktion der türkischen Bevölkerung mit der bis dahin amtierenden Regierung zu begreifen. Dieser hätte man die ‚Verantwortung für die wirtschaftliche Misere zugeschrieben, die seit Ende 2000 andauert und im Februar 2001 in eine schwere Finanzkrise mündete‘ mit der Folge, „dass sich die materielle Lage breiter Bevölkerungsschichten erheblich verschlechterte und mehrere Millionen Menschen an die Grenze des Existenzminimums gebracht wurden“. Obwohl es sich bei der AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung), die sich als Reformpartei von der 2001 verbotenen Tugend-Partei (FP) abgespalten hatte, um ein noch unbekanntes Wesen handelt, bestehe die Chance, dass sie sich als konservative Kraft ‚in der Mitte platziere‘- und somit die Hoffnung auf die Fortsetzung des europäischen Integrationskurses. Allerdings könne eine Irakintervention der USA die Verhältnisse in der Türkei sehr verkomplizieren. In seiner Grußadresse an den Wahlsieger der AKP, Recep Tayyip Erdogan, übermittelte Wolfgang Röken als Vorsitzender der



Es ist keine Frage, dass auch die türkischdeutschen Unternehmen nicht von der angespannten Wirtschaftslage verschont bleiben. So hatte Aydin seinen Betrieb von ehemals 35 auf heute 14 (+ zwei Auszubildende) herunterzufahren. Als zusätzliche Erschwernisse benennt er das noch bestehende Misstrauen gegen

Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe deren Wunsch, die bilateralen „freundschaftlichen Beziehungen zu pflegen und auszubauen und insbesondere die Integration und das Zusammenleben von Türken und Deutschen in NRW zu befördern“.

E.R.



## Union sieht Gefahr für Krankenhäuser durch Gesundheitspolitik von Rot-Grün

*Auf Antrag der CDU-Fraktion hat der Landtag am 21. November über das Thema „Tausende von Arbeitsplätzen in NRW-Krankenhäusern akut bedroht“ im Rahmen einer Aktuellen Stunde debattiert.*

**Hermann Josef Arentz (CDU)** bezeichnete die Gesundheitspolitik von Rot-Grün als Desaster und besonders übles Beispiel dafür, „wie die Wähler vor der Wahl systematisch getäuscht, belogen und betrogen worden sind“. Die von Berlin geplanten Maßnahmen träfen nicht nur den Einzelnen, sondern brächten das gesamte Gesundheitswesen in Gefahr. Die im nächsten Jahr bei den Krankenhäusern zu erwartende Finanzierungslücke betrage -vorsichtig gerechnet- über 350 Millionen Euro: „Das heißt, im Schnitt wird jedem nordrhein-westfälischen Krankenhaus knapp eine Million in der Bilanz fehlen; damit ständen in NRW 12.000 Arbeitsplätze auf der Kippe. Arentz: Das so genannte Beitragssicherungsgesetz gefährde die Versorgung der Patienten, setze Menschlichkeit, und Humanität im Krankenhaus aufs Spiel, gefährde die wirtschaftliche Existenz vieler Träger und bringe eine massive Vernichtung von Arbeitsplätzen in Gang. Die Landesregierung solle erklären, ob sie sich zum gemeinsamen Anwalt der Patienten und Beschäftigten erklärt „oder ob Sie die Komplizen einer völlig verfehlten rot-grünen Berliner Gesundheitspolitik sind“.

**Horst Vöge (SPD)** warf der Union vor, sie mache sich zum Sprachrohr der verschiedenen Lobbys. Die angebliche Nullrunde (bei der es zahlreiche Ausnahmen gebe) gelte nur für einige Bereiche, aber das sei wohl nötig, um am Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung festzuhalten. Mit ihren Aktionen zur Kostendämpfung habe die Union zu ihrer Regierungszeit keinerlei strukturelle Veränderung erreicht, jetzt, wo Rot-Grün solche Veränderungen anstrebe, stelle sie sich quer. Unter Hinweis auf Steigerungsmöglichkeiten, die weiterhin gegeben seien, erklärte der Sprecher, das verschweige die

CDU; darum belüge sie ganz bewusst die Öffentlichkeit und beteilige sich an einer Hysterie, die völlig unangemessen sei.

**Dr. Jana Pavlik (FDP)** sah die Landesregierung in der Pflicht - „wenn sie wirklich am Wohle der Öffentlichkeit orientiert wäre“ -, sich an die Spitze der Proteste gegen die gesundheitspolitische Flickschusterei in Berlin zu setzen. Abgesehen von den bereits vorhandenen Deckelungen und Budgetierungen widerspreche es jeder betriebswirtschaftlichen Logik, die Einnahmen im Krankenhausesektor für 2003 auf dem Niveau des laufenden Jahres festzuschreiben und damit dringend notwendige Einnahmen gewollt zu vereiteln. Die Krankenhäuser würden so den Ausweg über den Ausbau ihrer Gewinn bringenden Privatabteilungen sehen - „damit erweist sich wieder einmal, das die von Rot-Grün propagierte Gesundheitspolitik zur Zweiklassen-Medizin führt und keineswegs zu liberalen Reformvorschlägen“.

**Brigitte Herrmann (GRÜNE)** machte darauf aufmerksam, vom Beitragssicherungsgesetz würden alle am System Beteiligten zur Stabilisierung der Finanzgrundlagen herangezogen: „Die Sparmaßnahmen wurden fair und ausgewogen verteilt“. Mittelfristig aber werde man noch umfassendere und weitreichendere Strukturreformen brauchen; daran arbeite die neue Kommission. Die CDU sehe Tausende von Arbeitsplätzen in Gefahr, im Grunde gehe es aber nur um einen monatlichen Zuwachsverzicht im kommenden Jahr von 160 Euro pro Vertragsarzt. Im Krankenhausbereich milderten zahlreiche Ausnahmeregelungen die Auswirkungen der Nullrunde.

**Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD)** gab den ihr zu geworfenen Ball an die CDU zurück: Der Union sei es in 16 Jahren ihrer Regierung nicht gelungen, „im Gesundheitswesen grundlegende Reformen auf den Weg zu bringen“. Es könne nicht weitergehen, dass wirtschaftliche Eigeninteressen der einzelnen Leistungserbringer jeden Versuch konterkarierten, das System zu verändern. Jetzt komme es darauf an, „dass wir

eine Qualitätssicherung in unserem Gesundheitswesen gewährleisten“. Dazu gehöre, dass die für die Versorgung notwendigen Arbeitsplätze vorgehalten würden. Der Sprecher der Opposition habe verkürzte Informationen geliefert, Panikmache betrieben und keine konstruktiven Lösungen aufgezeigt. So gehe es darum, gegen die bestehenden Verwerfungen (Fehl-, Über- und Unterversorgung) einzuschreiten und den Weg zur integrierten Versorgung zu öffnen. Da helfe es nicht weiter, wenn man das Arbeitsplatzargument zum Totschlaginstrument mache.

**Rudolf Henke (CDU)** stellte eine Parallele her zwischen dem „schamlosen“ staatlichen Griff in die Kassen der Kommunen und dem in die Kassen der Krankenkassen. Es sei eine „unverschämte Zumutung“ gegenüber den Patienten und Leistungserbringern, von diesen erhebliche Einschränkungen zu verlangen und dass die eingesparten Finanzmittel zur Sanierung anderer Haushalte zu verwenden“. Die Nullrunden seien ein dreister Eingriff in die Selbstverwaltung.

### „Zweiklassen-Medizin“

**Michael Scheffler (SPD)** fand es gut, dass die Koalition in Berlin „den Weg der konservativ-liberalen Koalition der Privatisierung von Gesundheitsrisiken und Zuzahlungserhöhungen gestoppt hat“. Mehr noch, man habe die eingeführten sozialen Ungerechtigkeiten und Schieflagen wieder korrigiert. Die Union beschreibe mit ihren Vorstellungen von Grund- und Wahlleistung den Weg in die Zweiklassen-Medizin. Scheffler: „Wir halten am Solidarprinzip fest. Daher sparen wir im System“. Im Gesundheitswesen könne es mehr Geld nur für mehr Qualität geben.

**Dr. Stefan Romberg (FDP)** stuft das in Deutschland vorhandene Gesundheitssystem für Zu teuer, zu bürokratisch, ineffizient“ ein - „nur noch eine radikale Kur kann unser marodes Gesundheitssystem retten“. Die werde von Rot-Grün seit vier Jahren angekündigt, tatsächlich sei in dieser Zeit aber kein einziges Strukturproblem gelöst worden. Darum gebe es jetzt das Vorschaltgesetz: Nullrunde für Krankenhäuser, staatliches Verbot von Beitragserhöhungen und Verbot des Anstiegens der Verwaltungskosten bei den Krankenkassen. Romberg: „Das ist keine Reform, sondern eine Ausweitung der Planwirtschaft“.

**Rüdiger Sagel (GRÜNE)** sah angesichts der demografischen Entwicklung das Gesundheitswesen als „boomende Branche“. Das aber wolle die CDU einfach nicht zur Kenntnis nehmen, kritisierte er und sagte voraus, dass sich angesichts des sich abzeichnenden Strukturwandels die Zahl der Arbeitsplätze in Krankenhäusern abnehmen, die im ambulanten und im stationären Altenpflegebereich dagegen zunehmen wird. Es sei Ziel der rot-grünen Politik, die integrierte Versorgung sicherzustellen.



Hermann Josef Arentz (CDU)



Horst Vöge (SPD)



Dr. Jana Pavlik (FDP)



Brigitte Herrmann (GRÜNE)



Birgit Fischer (SPD)



## Vergnügungssteuer künftig in kommunalen Satzungen

*Der Landtag nahm den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Aufhebung der Vergnügungssteuer (Drs. 13/2966) nach der zweiten Lesung mit den Stimmen von SPD, CDU und GRÜNEN bei Gegenstimmen der FDP unverändert an, wie vom Ausschuss für Kommunalpolitik empfohlen.*

**Innenminister Dr. Fritz Behrens** (SPD) bedankte sich für die zügige Beratung der Aufhebung eines überflüssigen Gesetzes: „Endlich mal eine Tat!“ Erfahrungen aus den Modellversuchen zur Kommunalisierung würden umgesetzt. Die Erhebung der Vergnügungssteuer könnten die Kommunen selbst durch Satzung regeln, und zwar rechtzeitig zum Jahresende. Die am Modellversuch beteiligten 23 Kommunen hätten ihre Spielräume sachgerecht und angemessen genutzt.

Kommunen nutzten die Aufhebung zur Entrümpelung. „Nur Mut!“ sagte Behrens dazu. Die Befürchtungen der Automatenbranche hätten sich nicht bestätigt. Ihre Sorgen müssten aber ernst genommen und örtliche Steuern in vertretbarem Maß festgesetzt werden.

**Ralf Jäger** (SPD) erläuterte, die Vergnügungssteuer sei die derzeit einzige kommunale Aufwandssteuer nach einem Landesgesetz. Alle anderen Aufwandssteuern seien nach dem kommunalen Abgabengesetz zu erheben. Bereits jetzt werde auf anachronistische Tatbestände wie Kartensteuer und Besteuerung von Tanz und Filmveranstaltungen verzichtet. Die Kommunen würden ihre Entscheidung an lokale Entwicklungen und technische Neuerungen anpassen. In den 23 Modellgemeinden sei kein Automatenaufsteller in den Ruin getrieben worden. Das Aufkommen aus der Vergnügungssteuer sei in NRW von 202 Millionen Mark 1990 auf 170 Millionen im Jahr 2001 gesunken. Es gebe weniger Automaten als Folge der konjunkturellen Lage und eines veränderten Spielverhaltens. Der Festsetzung seien enge Maßstäbe gesetzt. Keine Steuer dürfe wirtschaftliche Tätigkeit erdrücken. Die kommunalen Spitzenverbände empföhlen 150 Euro je Automat. Das sei deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

**Hans Peter Lindlar** (CDU) stimmte dem Wegfall der Vergnügungssteuer zu, kritisierte aber Dauer und Aufwand des Verfahrens mit vierjährigem Versuch und vielen Beratungen. Eine verträgliche Lösung sei gefunden worden, aber es sei ein ganz kleiner Bürokratieabbau. Steuerfrei seien Familien- und Betriebsfeiern, Veranstaltungen von Vereinen, Gewerkschaften, Parteien und Organisationen, ferner ge-

meinnützige Zwecke, das Halten von Apparaten, auch bei Jahrmärkten und ähnlicher Volksbelustigung. Der Automatenverband brauche keine Sorge zu haben. Für den Erhalt von Gaststätten auf dem Lande seien Spielgeräte existenziell wichtig. Lindlar kritisierte eine Presseerklärung des Ministers, die Einnahmeerwartungen erzeugt habe, und seine Aufforderung, die Kommunen sollten bei Schülerfahrtkosten und Lernmitteln den Eigenbeitrag erhöhen. Das klinge nach dem Motto: Nehmt, was ihr kriegen könnt.

**Karl Peter Brendel** (FDP) hielt die Verlagerung auf kommunale Regelungen und die Abschaffung für gut, aber auch andere Bagatelsteuern wie Hunde-, Jagd- und Zweitwohnungssteuer für überprüfungsbedürftig. Es sei nicht erkennbar, warum diese Lebenssachverhalte besteuert werden sollten. Die Kommunen rechneten nicht mit spürbaren Mehreinnahmen, weil der Verwaltungsaufwand

gegen zu rechnen sei. Auch die FDP gehe von ausreichendem Sachverstand in den Kommunen aus. Sie lehne aber den falschen Ansatz ab, dass eine überflüssige Steuer nur auf eine andere Ebene verlagert werde.

**Ewald Groth** (GRÜNE) erklärte, die Vermögensteuer werde nur ausgesetzt und verfassungsgerecht wieder in stand gesetzt. Ein Drittel des Aufkommens investiv den Kommunen zu überlassen, sei prima. Die Gewerbesteuer abzuschaffen, wie von der FDP gefordert, würden die GRÜNEN nicht hinnehmen. Mit dem geringen Aufkommen der Vergnügungssteuer werde sich die Finanznot der Kommunen nicht verflüchtigen, aber es werde mehr Einnahmen geben, da diese Steuer lange nicht angepasst worden sei. Die Automatenaufsteller hätten ein Recht auf vernünftige Verzinsung ihres eingesetzten Kapitals.

## Vollstreckungen werden erleichtert

Minister Dr. Behrens brachte einen Gesetzentwurf zur Änderung der Verwaltungsvollstreckung und des Gebührengesetzes (Drs. 13/3192) im Landtag ein, der anschließend in die Ausschussberatung überwiesen wurde. Eine Änderung ermächtigt zum Beispiel die Vollstreckungsbehörde, die Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Schuldners selbst zu ermitteln. Bisher war die Behörde auf Angaben des Schuldners angewiesen.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) erläuterte, ein modernes Instrumentarium werde geschaffen, um berechnete Geldforderungen der öffentlichen Hand schneller und effektiver als bisher einzuziehen zu können. Säumige Schuldner zur Zahlung zu bewegen, sei mehr als mühsam und oft auch erfolglos gewesen. Der Landesrechnungshof habe eine Beitreibungsquote von nur 40 Prozent errechnet. Vor allem für die Kommunen bringe das Gesetz Vorteile, denn bei ihnen würden die allermeisten öffentlichen Forderungen außer Steuern und Abgaben eingezogen. Die Verwaltung könne sich nun die notwendigen Informationen über vollstreckbares Vermögen verschaffen. Kommunalen Kassen und Landesvollstreckungsbehörden werde auch das Eintreiben privatrechtlicher Forderungen und die Befugnis zur Abnahme eidesstattlicher Versicherungen übertragen.

*Zwei Wissenschaftler zeichnete der Rektor der Universität Münster und der Landtagspräsident für praxisorientierte Entwicklungen mit dem Transferpreis aus (v.l.) Dr. Dietmar Enk (Medizin) und Dr. Heinrich Luftmann (Chemie). Die Auszeichnung erfolgte im Rahmen der Ausstellung „die 3. Mission“ im Landtag.*





## Aktuelles aus den Ausschüssen

Dem **Unterausschuss Personal des Haushaltsausschusses** (Vorsitz Manfred Palmen, CDU) berichtete Arbeitsminister Schartau zur dualen Ausbildung in der Landesverwaltung. Zum Stichtag 30. September 2002 seien 1288 Ausbildungsverträge abgeschlossen worden, 25 weniger als im Vorjahr. 4085 duale Ausbildungsstellen stünden zur Verfügung. Das Land bilde auch zukünftig über den Bedarf aus.

Im **Ausschuss für Frauenpolitik** (Vorsitz Gerda Kieninger, SPD) berichtete im Rahmen der von der GRÜNE-Fraktion beantragten Aktuellen Viertelstunde am 15. November Staatssekretärin Cornelia Prüfer-Storcks (Sozialministerium) zum Thema „Anstieg der Schwangerschaftsabbrüche bei Minderjährigen“.

Der **Ausschuss für Frauenpolitik** schloss die Beratung des SPD-/GRÜNE-Antrags „Gender Mainstreaming gezielt und konsequent umsetzen“ am 15. November ab. Der Antrag war von allen anderen Ausschüssen mitberaten worden. Im März fand dazu eine Anhörung statt. Die vier Fraktionen im Ausschuss einigten sich abschließend auf die gemeinsame Entschließung „Gender Mainstreaming - gleiche Chancen für weibliche und männliche Lebensentwürfe. Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit in der Landespolitik und in der Landesverwaltung“. Das Landtagsplenum nahm am 21. November nach der Aussprache die Entschließung an (Bericht folgt).

Im **Ausschuss für Migrationsangelegenheiten** (Vorsitz: Oda-Gerlind Gawlik, SPD) berichtet die Landesregierung am 28. November über ein Zuwanderungsmuseum in NRW und über die Umsetzung des Bundeszuwanderungsgesetzes ab 1. Januar 2003.

Dem **Verkehrsausschuss** übersandte der NRW-Städte- und Gemeindebund seine Vorschläge für die Normierung von Inline-Skating in der Straßenverkehrsordnung. Er stellt fest, dass Inline-Skating fester Bestandteil des kommunalen Straßenbilds geworden sei, und schlägt vor, das Skater Gehwege im Schrittempo, Radwege innerorts nicht und außerorts die rechte Fahrbahnseite benutzen dürfen.

Der **Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik** (Vorsitz Ute Koczy, GRÜNE) beriet am 18. November den SPD-/GRÜNE-Antrag „NRW-Beziehungen zu Polen ausbauen“ und die Zusammenarbeit mit der Partnerregion Slaskie stärker zu nutzen (Drs.

13/2734) beraten. Die CDU verlangte in einer Entschließung eine Kommission aus kenntnisreichen Beratern und eine stärkere Rolle des Bundes der Vertriebenen bei der Zusammenarbeit mit Schlesien. Der Parlamentarische Gutachterdienst des NRW-Landtags hat eine Ausarbeitung zum Thema Polen und EU sowie zu Möglichkeiten polnischer Arbeiter auf dem deutschen Arbeitsmarkt vorgelegt (Information 13/585).

Im **Wirtschaftsausschuss** (Vorsitz Dr. Helmut Linssen, CDU) erläuterte Staatssekretär Morgenstern (Bauministerium) den baurechtlichen Erlass zu Mobilfunkantennen und die Rechtslage zu Ausnahmen bei der Errichtung in Wohngebieten. Staatssekretär Bickenbach (Wirtschaftsministerium) wies auf mehr Rechtssicherheit durch den Erlass und ein Investitionsvolumen der Mobilfunktechnologie von sechs Milliarden Mark hin. Staatssekretärin Friedrich (Umweltministerium) erläuterte, es handele sich nicht um Antennen, sondern um Sender, und informierte über einen Arbeitskreis mit Kommunen, Umweltverbänden und Mobilfunkbetreibern zur Entwicklung eines Leitfadens.

Zum Regierungsentwurf eines Mittelstandsgesetzes, zu dem der **Wirtschaftsausschuss** wegen hohen Gesprächsbedarfs am 4. Dezember eine ganztägige Anhörung durchführt, legte Staatssekretär Bickenbach eine Synopse der Mittelstandsgesetze anderer Länder vor. Daraus geht hervor, dass es in 12 Ländern mit Gesetzen keine vergleichbaren Regelungen zu Mittelstandsverträglichkeitsprüfungen, Behördenzusammenarbeit, Vorrang privater Unternehmen (außer Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz), Mittelstandsbeirat und Mittelstandsbeauftragter gibt.

Im **Haushalts- und Finanzausschuss** (Vorsitz: Volkmar Klein, CDU) steht am 28. November bei der Etatberatung auch die 2. Ergänzungsvorlage zum Haushalt 2003 auf der Tagesordnung, die das Kabinett am Wochenende verabschiedet hat.

Im Jahr 2000 wurden in NRW 13323 Straftaten der Computerkriminalität festgestellt. Das geht aus dem Bericht hervor, den die Staatskanzlei dem **Medienausschuss** (Vorsitz: Claudia Nell-Paul, SPD) auf Bitte aller Fraktionen zum Medienstandort NRW vorgelegt hat (Vorlage 13/1788).

## Haushaltsausschuss tagte in Brühl

*Der Haushalts- und Finanzausschuss (Leitung stellvertretende Vorsitzende Elke Talhorst, SPD) und anschließend sein Unterausschuss „Landesbetriebe und Sondervermögen“ (Leitung Günter Garbrecht, SPD) tagten am 14. November in der Bundesfinanzakademie in Brühl. Der Präsident der Akademie Dr. Detlev Roland erläuterte als Aufgaben der Akademie die Fortbildung für die Steuerverwaltung und für hochqualifiziertes Führungspersonal. Auch der Standort in NRW war Thema des Gesprächs mit dem Ausschuss. Die Bundesfinanzakademie, früher in der Abtei in Siegburg untergebracht, seit 1993 im Neubau in Brühl, feierte im vorigen Jahr ihr 50jähriges Bestehen. Kenntnisse über das deutsche Steuersystem werden seit elf Jahren auch an osteuropäische Staaten vermittelt.*

Auf der Tagesordnung des Ausschusses standen mehrere Gesetzentwürfe zur Mitberatung, darunter das Ausführungsgesetz NRW zum Bundesgesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Drs. 13/3095).

Gegen dieses Gesetz sprach sich Manfred Palmen für die CDU aus. Die Umsetzung sei für die Kommunen und Kreise nicht kostenneutral. Etwa die Hälfte der 8,5 Millionen Rentner ab dem Alter von 65 Jahren werde die Grundsicherung beantragen. Michael Breuer (CDU) meinte, wieder werde den Kommunen eine Aufgabe aufgedrückt. Der Innenminister solle den Personalaufwand dafür berechnen lassen.

Staatssekretär Dr. Harald Noack hielt das neue Ausführungsgesetz nicht für kommunalunfreundlich und betonte, das Land habe gegenüber dem Bund eine Ausfallbürgschaft abgelehnt. Der Verwaltungsaufwand sei noch nicht zu überblicken. Michael Groschek (SPD) bedauerte, dass der soziale Fortschritt, den das Gesetz darstelle, in der öffentlichen Meinung bisher untergegangen sei. Zum ersten Mal werde der Bund auch den Personalaufwand bezahlen. Noch kein Gesetzesvorhaben sei so kommunal- und bürgerfreundlich gewesen wie dieses. Dr. Ingo Wolf (FDP) behielt sich das Recht vor, das Vorhaben zu kritisieren, ohne sich gleich den Vorwurf zuzuziehen, die Menschenwürde in Frage zu stellen. Auch er hielt die Kostenverteilung für zu knapp bemessen. Gegen die Stimmen von CDU und FDP nahm die Mehrheit aus SPD und GRÜNEN den Regierungsentwurf an.



## Sachverständige im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie

### Je früher Kinder mitwirken, desto besser für politisches Handeln

Im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie fand unter der Leitung von stellvertretender Vorsitzender Marlies Stotz (SPD) am 14. November ein Gespräch mit Sachverständigen zum FDP-Antrag „Kinder und Jugendliche an der Politik beteiligen - Beteiligungsrechte auf kommunaler Ebene in die Tat umsetzen!“ (Drs. 13/2151) statt. Nachstehend einige Aussagen aus Zuschriften und während des Gesprächs.

Der Deutsche Kinderschutzbund strebe, so führte Dieter Greese aus, seit Jahren anstelle der früheren „fürsorglichen Belagerung“ von belasteten Familien die Stärkung aller Kinder und Familien an bei der aktiven Mitgestaltung ihres Alltags und krisenhafter Situationen. „Wir betrachten Kinder als eigenständig handelnde Subjekte“, sagte Greese. Grundsätzlich dürfe es keine Altersbeschränkung für die Beteiligung von Kindern geben. Je früher sie sich Erwartungen stellten, desto eher könnten sie Handlungskompetenzen erwerben. In manchen Bevölkerungsgruppen verhindere die ökonomische Situation von Familien eine Beteiligung. Wo Armut den Alltag bestimme, entstehe kein Interesse, sich in Schule, Gemeinwesen oder Kinderparlament zu engagieren. Neben zunehmenden psychischen Störungen im Grundschulalter erhöhe sich auch die Allergieanfälligkeit vieler Kinder drastisch. Schlafstörungen und Konzentrationsschwierigkeiten nähmen zu. „Wir brauchen kleine überschaubare Felder, in denen schnell realisiert werden kann, was mit Kindern erarbeitet und entschieden worden ist“, sagte Greese und empfahl das Modell eines stadtweiten Kinderbüros und offener Kinderforen in jedem Stadtbezirk in Essen. Roland Mecklenburg (Landesjugendring NRW) meinte in

der ersten Fragerunde, es gebe genügend Beteiligungsmodelle, sie müssten nur eingesetzt werden. Kinder- und Jugendverbände müssten das organisieren. Eltern und Jugendhilfeausschüsse wirkten zu wenig auf Beteiligung hin.

#### Mädchen-Arbeit

Cäcilia Debbing (Fachstelle „Frauen unterstützen Mädchen-Arbeit“) berichtete von einem erfolgreichen Projekt „Pack aus - Mach mit“ und riesiger Resonanz. Bei Mädchen nehme die geringere politische Teilhabe mit zunehmendem Alter noch ab. Sie forderte alters- und geschlechtsspezifische Formen der Beteiligung sowie realistische Ziele und Wertschätzung kleiner Erfolge. Ähnlich äußerte sich Dr. Richard Schröder aus Herthen, der sich auch für qualifizierte Fachkräfte zum Kennenlernen von Entscheidungsprozessen und für die Nutzung des Expertenwissens von Kindern und Jugendlichen aussprach.

Der Kinderbeauftragte der Stadt Hamm Matthias Bartscher hielt nach elfjähriger Erfahrung mit einem Kinderbüro die Beteiligung von Kindern an Flächennut-

zung, Spielraumentwicklung, bei Verkehrsplanung und bei der Gestaltung pädagogischer Einrichtungen für sinnvoll. Leider werde Beteiligung vorerst nur als Experiment angesehen. Kommunen wollten oft vor allem ihre Kinderfreundlichkeit herausstellen. Stadtteilprojekte sollten intensiviert werden. Die Überwindung von Ritualen komme auch allen anderen zugute. Auf eine Frage aus dem Ausschuss antwortete er, die Funktion des Kinderbeauftragten erlaube es gelegentlich auch, sich aus der Verantwortung zu stehlen.

Professor Dr. Wolfgang Gernert aus Münster, Verfasser einer Fachpublikation zum Thema: In einer Gesellschaft organisierter Interessen sei es für wirtschaftlich und sozial schwächere besonders wichtig, gehört zu werden. Weder zusätzliche Konferenzen noch Unterrichtsbausteine würden gebraucht, sondern engagierte Erzieherinnen, Lehrer und Politiker, die den Dialog mit der Jugend suchten. Wer sich sein Bild von der Jugend nur über Medien oder über die Shell-Studie verschaffe, habe die Bodenhaftung schon verloren.

Die Änderung der Gemeindeordnung mit dem Ziel einer Verpflichtung der Räte, Vorschläge von Kinder- und Jugendprojekten zu berücksichtigen, hielt Klaus Amonet (Landesjugendamt Rheinland) für angezeigt. Andere Sachverständige hielten das nicht für notwendig, da es genügend Projekte und Modelle der Beteiligung gebe.



Mädchen haben großes Interesse an Politik, sind aber in Kinder- und Jugendparlamenten zu wenig vertreten, meint Cäcilia Debbing (l) vom Fachverband FUMA aus Gladbeck. Die Schülerin Tayna Chaskiel (Mitte) ist als Vorsitzende des Jugendstadtrats Solingen und Mitglied im Jugendhilfeausschuss gegen Pflichtbeteiligung und will das eigene Interesse wecken. Dieter Greese vom Kinderschutzbund NRW befürchtet, die Kommunen hätten zur Zeit kein Geld für Projekte zur Beteiligung. Fotos: Schälte



# Erste Zwischenbilanz zur Arbeit der neuen Regionalräte gezogen

## Umweltausschuss hört zwei Sprecher dieser Gremien an

*Vor kurzem hießen sie noch Bezirksplanungsräte. Dann wurden diese bei den Regierungspräsidenten angesiedelten kommunal besetzten Gremien durch das 2. Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung in Regionalräte umbenannt und organisatorisch sowie inhaltlich gestärkt, indem sie der Gesetzgeber mit Mitwirkungsrechten in nahezu allen wichtigen Infrastrukturbereichen der jeweiligen Region ausstattete. Nach etwa zwei Jahren Erfahrung mit den Regionalräten hielt es der Umweltausschuss für an der Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen. Dazu hatte Ausschussvorsitzender Klaus Strehl (SPD) Mitte des Monats einen Sprecher des Innenministeriums und den Vorsitzenden des Regionalrats Köln, den CDU-Landtagsabgeordneten Gerhard Lorth sowie Bernhard Daldrup, den stellvertretenden Vorsitzenden des Regionalrats Münster, geladen. Der neu ernannte Infrastrukturminister des Landes, Dr. Axel Horstmann (SPD), nahm an der Sitzung ebenfalls teil.*

Das Gesetz sei nicht der große Wurf gewesen, ließ sich Lorth vernehmen. Es sei ein durchwachsendes Fazit der Erfahrungen zu ziehen, die nur wenig mit den Zusicherungen zu tun hätten, die bei der Verabschiedung des Gesetzes gegeben worden seien. Während auf Seiten der Kommunen die Erwartungen an die Regionalräte sehr hoch seien, finde man sich derzeit in der Rolle von Moderatoren und Ideengebern wieder;

Gerhard Lorth (l.) und Bernhard Daldrup (r.)



aber ein Entscheidungsgremium sei man unter den gegebenen Bedingungen nicht. In den Räten werde mit Engagement gearbeitet, entschieden werde aber nicht vor Ort, sondern von den Regierungspräsidenten. Lorth pessimistisch: „Viel Arbeit, wenig Brot und keine Zukunft“.

Damit sich daran etwas ändern könne, forderte der Vorsitzende ein eigenes Initiativ- und Beteiligungsrecht für die Räte, es fehlten klare Zuständigkeiten und Entscheidungskompetenz. Die Rolle der Regionalräte sollte klar definiert werden; die Entscheidungskompetenz sei gesetzlich festzulegen, damit die Räte das sein können, was sie sein wollen: „Motor der Entwicklung der Region“. In diesem

Zusammenhang wurde Lorth konkret: Bei regionalen Förderprogrammen sollte die Entscheidungskompetenz – wo immer dies möglich und sinnvoll sei – über die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel auf die kommunalen Gremien übertragen werden.

Anders sein Amtskollege Daldrup aus Münster: Die Regelung habe sich insgesamt bewährt, sie sei sinnvoll, wenn auch nicht mehr hinreichend. Daldrup stimmte in das Verdikt nicht ein, sondern fand, „zu hektischer Betriebsamkeit besteht kein Anlass“. Für eine umfassende Würdigung der Regionalräte sei es noch zu früh; die Zeit

werde die Qualität der Arbeit der Regionalräte verbessern. Das Land brauche die Regionalräte, „die Region ist die Handlungsebene der Zukunft“. Andererseits müsse diese Ebene die Chance auf eine reale Beteiligung haben. Daldrup sprach sich für eine Erweiterung der Kompetenzen bei der Verkehrsplanung, bei Abfallbeseitigung und Altlasten sowie bei Kultur und Tourismus aus. Die Zusammenarbeit in Münster mit dem Regierungspräsidenten sei gut, mit dem neu gegründeten Landesbetrieb für Straßen noch verbesserungsbedürftig. Auch reiche die finanzielle Ausstattung der Regionalräte; die von seinem Vordränger ins Gespräch gebrachte Erhöhung der Aufwandsentschädigung sei nicht so entscheidend. Der enge Zusammenhang zwischen Planungs- und Finanzierungskompetenz sei wünschenswert, aber zur Zeit noch nicht ohne weiteres umsetzbar. Viel wichtiger sei die Integration von Fachplanung in die

Gebietsentwicklungsplanung. Zum Schluss: „Die Regionalräte sind sinnvoller Ausdruck kluger Staatsorganisation“.

Minister Horstmann schließlich sah im Bündeln von Interessen und in der Prioritätensetzung die Aufgabe der Regionalräte, ihre Entwicklung entscheide mit über die Dynamik der Entwicklung des Landes. Das 2. Modernisierungsgesetz sei auf eine regionale Entwicklung „aus einem Guss“ angelegt, „dazu brauchen wie die Regionalräte“, stellte der Minister fest. Im Vergleich zu den früheren Bezirksplanungsräten seien die Einflussmöglichkeiten größer als früher: Gegenüber der Landesregierung hätten die Regionalräte jetzt ein Initiativrecht für Fördervorschläge und für Prioritätensetzung. Auch der Minister fand anderthalb Jahre gesammelte Erfahrungen als einen zu kurzen Zeitraum, vor allem wenn man davon ausgehe, dass sich das Bewusstsein der Akteure noch entwickeln müsse. Die Frage nach der inneren Organisation und der Effektivität der Arbeit der Räte müsse, so Horstmann, aber gestellt werden dürfen.

Innenstaatssekretär Wolfgang Riotte meinte zu Fragen der Landesorganisation und der Landesverfassung: Dort, wo die Landesregierung dem Landtag gegenüber verantwortlich bleibe, könne es keine Aufgabenübertragung an eine andere Ebene geben. „Es muss immer eine klare Aufgabenteilung geben zwischen dem, was kommunal und dem, was staatlich ist“. So könnten die Regionalräte nicht an Stelle der Landesregierung entscheiden, sie seien keine „Unterlandtage“, schrieb er denen ins Stammbuch, die vehement für mehr Kompetenzen eintreten.

Hans Peter Lindlar (CDU) vermisste eine klare Beschreibung der Zuständigkeiten, ein Vorgehen nach der Devise „Nun macht mal schön“ sei keine Basis. Wenn es die wirksame Verzahnung zwischen kommunalen Interessen und staatlicher Verwaltung geben solle, dann müsse die Chance zu einem „ergebnisoffenen Dialog“ gegeben werden. Ein Nebeneinander von staatlicher Verwaltung auf der einen und Regionalräten, die sich ihre eigenen Aufgaben suchten, auf der anderen Seite – „beides ist auf Dauer nicht zu vereinbaren“.

### Finanzhoheit?

Die Grenzen seien von Anfang an klar gezogen worden, fiel ihm Hans Krings von der SPD ins Wort. Mehr als regionale Mitsprache sei nicht gewollt gewesen: Aus der Summe der einzelnen Interessen der Region, so rechnete der Sprecher vor, könne man kein ganzes Landesinteresse machen. Der Vergabe von



Finanzmitteln an die Regionalräte erteilte er eine deutliche Abfuhr: Es mache keinen Sinn, „eine weitere Ebene unter das Land zu schieben“. Er werte die Kritik an den Regionalräten, wie sie im Gesetz angelegt seien, als „parteiliche Oppositionsstrategie auf neuer Ebene“.

Holger Ellerbrock (FDP) meinte unter Hinweis auf das Verhalten der Regionalräte in Sachen Metrorapid, es könne nicht sein, dass die Räte landespolitische Vorhaben konterkarierten und mit

Landesmitteln Obstruktionspolitik machten. Auch der FDP-Sprecher trat für die Trennung staatlicher und kommunaler Aufgaben ein, „Mischformen sind abzulehnen“. Beratung ja- aber eine neue politische Ebene könne man sich nicht leisten.

Für die Grünen stellte Johannes Rimmel fest, angesichts des Arbeitsauftrags der Räte sollte man sie beim Stichwort Metrorapid nicht schlecht aussehen lassen. Ein striktes Gegenüber von Land

und Regionen sei abzulehnen; vielmehr sollte man die Mühen darauf verwenden, die Räder staatlicher und kommunaler Aufgaben besser ineinander greifen zu lassen. Veränderungen brauchten noch mehr Zeit, fand Rimmel, das Nachdenken über das Haushaltsrecht sollte anders ablaufen. Hier vermochte sich der Sprecher der Grünen eine Entwicklung vorzustellen, die in Richtung Budgetvereinbarungen mit entsprechenden Zielvereinbarungen läuft. „Aber das ist Zukunftsmusik“, schloss er.

## Erfolgreicher Start mit Hochgeschwindigkeit



*Mit dem ICE Heinrich Böll fuhr die Parlamentarische Gruppe Bahn des NRW-Landtags unter Leitung ihres Vorsitzenden Manfred Hemmer (SPD) am 18. November in einer Stunde 171 Kilometer von Köln zum Frankfurter Flughafen. Dort berichtete Dr. Christoph Franz (Vorstand Personenverkehr der DB) über den „big bang“ im Fernverkehr am 15. Dezember 2002 und zum Start des ICE 3 auf der Neubaustrecke, über den die Deutsche Bahn AG sehr erfreut sei, denn es gebe deutlich mehr Fahrgäste und mehr Einnahmen.*

Der Frankfurter Flughafen leistet sich einen „Intermodalbeauftragten“. Was ist das? Intermodal steht im Transportgewerbe für die Zusammenarbeit verschiedener Verkehrsträger. Am Frankfurter Flughafen geht es um die optimale Verknüpfung von Schienen- und Luftverkehr. Der Fahrplanwechsel am 15. Dezember werde durch die Anbindung der Hochgeschwindigkeitsstrecke Köln-Frankfurt auch die Fahrzeiten zu europäischen Metropolen und deutschen Großstädten verkürzen und Fluggäste auf die Schiene bringen, erfuhr die PG Bahn vom Intermodalbeauftragten Hans G. Fakina. „Intelligente Vernetzung“ lautet eine der Leitlinien, die umzusetzen sich auch das Deutsche Verkehrsforum vorgenommen hat. Marketing-Leiterin Annegret Reinhardt-Lehmann von der Flughafengesellschaft Fraport erläuterte, von schnellen Bahnverbindungen erhoffe sich der Frankfurter Flughafen den Wegfall von Kurzstreckenflügen und freie Kapazitäten von etwa fünf Prozent. Bei den Fachvorträgen ging es immer wieder um die „Aldisie-

rung der Lüfte“, sei es bei der rasanten Entwicklung der Fraport-Tochter Flughafen Hahn mit Billigflügen innerhalb von Europa, sei es beim „Strategiewechsel“ auf dem Köln-Bonner Flughafen, wo seit Oktober ebenfalls das „lowcost“-Marktsegment gepflegt wird. Von einer „Einkaufstour“ des Frankfurter Flughafens Richtung Köln/Bonn war keine Rede mehr. Zum Frankfurter Intermodal-Konzept gehört vielmehr auch ein Bahnanschluss des geplanten Cargo-Terminals auf einem in Kürze freiwerdenden, bisher von der US Army genutzten Flughafenareal im Süden des Fraport.

### Ausbau

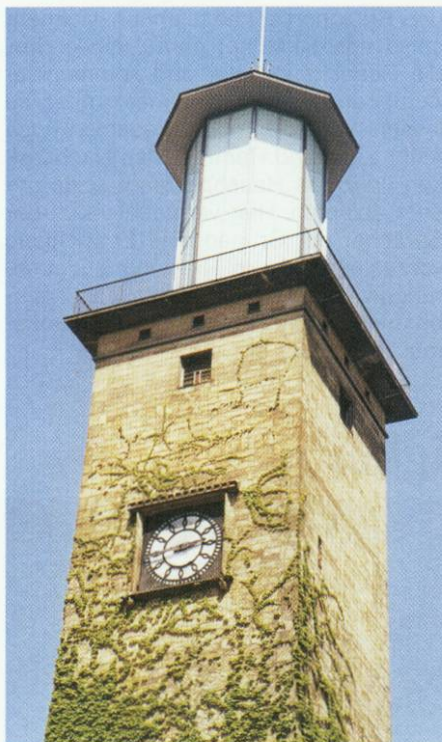
Auch hörten die Mitglieder der PG Bahn von einem riesigen Ausbauprogramm am Frankfurter Flughafen. Eine neue Landebahn soll 2006 fertig sein, „nicht gegen die Bevölkerung“, was durch ein

Mediationsverfahren erreicht wurde. Ziel sind, so die Marketingleiterin, 600000 Flugbewegungen pro Jahr, das bedeutet 120 Starts und Landungen pro Stunde. Außerdem ist ein drittes Terminal geplant, und der neue, 600 Meter lange Fernbahnhof wird mit neun Etagen überbaut.

Zur Begrüßung der PG Bahn und des neuen NRW-Verkehrsministers Dr. Axel Horstmann nahm sich auch der Vorstandsvorsitzende der Flughafengesellschaft Dr. Wilhelm Bender Zeit. Er lobte die politische Initiative zur Förderung des Schienenverkehrs aus NRW, der sich auch andere Landtage angeschlossen hätten.

Dem Leiter der Lufthansa-Konzernpolitik Thomas Kropp ging es um Wachstum und ein Plädoyer gegen neue Steuern. Unter Hinweis auf 5000 mehr Arbeitsplätze bis 2015 am Flughafen Frankfurt (zur Zeit 90000) erging an die Politik die Bitte, die Wachstumsbranche Luftverkehr nicht durch (deutsche) Steuern zu würgen. Er berichtete von positiver Bilanz 2001 trotz des 11. September, bekannte sich zum Standort NRW (Eurowings) und erwartete die Beibehaltung und Weiterentwicklung des Nachtflugs auf dem Köln-Bonner Flughafen.





## Hoher Zulauf bei Sprechstunde in Hagen

Zur auswärtigen Bürgersprechstunde des Petitionsausschusses am 13. November in Hagen kamen etwa 120 Bürgerinnen und Bürger, um die Abgeordneten um Hilfe bei Problemen mit Behörden zu bitten. Es ging dabei unter anderem um Baurecht, Immissionsschutz, Sozial- und Behindertenrecht, Ausländerrecht und die Höhe der Hundesteuer in einzelnen Städten der Region.

Ein Thema bei der Bürgersprechstunde in den Räumen der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer: Seit September gilt ein neuer Rundfunkstaatsvertrag, wonach nur noch jeweils ein Radio oder Fernseher angemeldet werden muss. Für alle anderen Geräte gelten Freistellungsanträge. Anhand der Freistellungsanträge kann die Gebühreneinzugszentrale die genaue Geräte-Anzahl nachvollziehen. Als Folge davon erhielten Schulen, die früher oftmals die Zahl ihrer Geräte nicht genau angegeben hatten, jetzt Rückzahlungsforderungen aus den letzten Jahren. Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Brigitte Herrmann (GRÜNE) meint, diese Art von „Strafe“ für ehrliche Angaben könne nicht sein. Da müsse es eine Amnestie geben, sonst koste das die Kommunen Unsummen.

Ausschussvorsitzende Barbara Wischermann (CDU) äußerte sich zufrieden mit der Sprechstunde in Hagen. Sie sieht es als Vorteil an, dass die Arbeit aus Gründen des Datenschutzes eher im Verborgenen abläuft. Auch verlaufe die politische Arbeit für Bürgeranliegen ohne Profilierungsstreben, denn die Parteizugehörigkeit spiele keine Rolle. Frau Wischermann: „Wir arbeiten über Parteigrenzen hinweg“.

## Europa-Ausschuss: Frage nach der Verteilung der Zuständigkeiten im neuen Kabinett

*Wolfram Kuschke (SPD), Minister im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, und Professor Dr. Miriam Meckel, Staatssekretärin für Europa, Internationales und Medien, stellten sich in ihren neuen Funktionen am 18. November dem Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik vor. Minister Kuschke bot dem Ausschuss eine faire und konstruktive Zusammenarbeit an. Anfang des nächsten Jahres werde er dem Ausschuss eine Jahresvorschau für 2003 geben.*

Auf Nachfragen von Ilka Keller (CDU) und Dietmar Brockes (FDP) zu den Zuständigkeiten für Europa zwischen Minister Kuschke und Staatssekretärin Meckel verwies Minister Kuschke darauf, dass man hier den Organisationserlass der Landesregierung abwarten müsse. Inhaltlich könne die Europapolitik kaum näher am Ministerpräsidenten angesiedelt sein als durch die Verankerung der Europazuständigkeiten in der Staatskanzlei.

Im Rahmen einer „Aktuellen Viertelstunde“ nahm Minister Kuschke Stellung zu Pressemitteilungen über das Konzept der Landesregierung zur künftigen EU-Strukturpolitik. Er verdeutlichte, dass die

Landesregierung weiterhin der Auffassung sei, dass beide Modelle weiterverfolgt werden. Bei der Nachfolgelösung für die bisherigen, 2006 auslaufenden „Ziel 2-Mittel“ brauche man Flexibilität für die Verhandlungen.



Erneut stand die Finanzierung einer Ölpipeline in Ecuador durch die Westdeutsche Landesbank (WestLB) im Mittelpunkt kontroverser Diskussionen. Zwischenzeitlich habe es Gespräche zwischen den Gutachtern Dr. Goodland, Mitautor der Weltbankstandards, und den Gutachtern von Stone & Webster gegeben, berichtete Ausschussvorsitzende Ute Koczy (GRÜNE). Die WestLB, die der Sitzung fern geblieben war und

statt dessen dem Ausschuss die Stellungnahme von Stone & Webster über die Gespräche mit Dr. Goodland übermittelt hatte, verwies in ihrer schriftlichen Stellungnahme darauf, dass Stone & Webster erneut die Übereinstimmung des Projektes mit den gültigen ecuadorianischen Gesetzen sowie den Weltbankstandards bestätigte.

Die Ausschussvorsitzende machte deutlich, dass sie persönlich gegen das Projekt sei. Ilka Keller (CDU) erinnerte daran, dass der Beschluss des Ausschusses vom 18. Februar diesen Jahres weiter abgearbeitet werden müsse. Auf Vorschlag von Gabriele Sikora (SPD) verständigte sich der Ausschuss darauf, Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) solle in der nächsten Ausschusssitzung über ihre Gespräche mit der WestLB berichten. Höhn betonte, dass es wichtig sei, faktisch zu handeln und Schritt für Schritt Verbesserungen zu erreichen. So sei zwischenzeitlich auch die Einrichtung eines Ökofonds erreicht worden.

Der Ausschuss nahm einen Bericht von Michael Schaps, Leitender Ministerialrat im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, zu den Bezügen zwischen der Außenwirtschaftskonzeption des Ministeriums und der Eine-Welt-Politik des Landes Nordrhein-Westfalen entgegen. Er wies darauf hin, dass das Ministerium ein Außenwirtschaftsportale einrichten werde.

Der Ausschuss verabschiedete einstimmig einen gemeinsamen Entschließungsantrag aller Fraktionen, wonach die Kompetenzen der Euregios gestärkt und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gefördert werden soll.



# Juniorprofessur in – Habilitation out?

## Öffentliche Anhörung im Plenarsaal zum Thema Dienstrecht

*Offensichtlich bestand großer Klärungsbedarf in Zusammenhang mit der Umsetzung der jüngsten Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) des Bundes auf Landesebene. Ein Blick in den umfangreichen Fragenkatalog, den die Mitglieder des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung (Vorsitzender Joachim Schultz-Tornau, FDP), den eingeladenen Fachleuten im Vorlauf der für den 14. November anberaumten Expertenanhörung zukommen ließen, machte dies deutlich. Obwohl bis dato noch kein Gesetzesentwurf der Landesregierung zur Umsetzung der HRG-Novelle vorliegt und dieser wohl auch erst im kommenden Jahr zu erwarten ist, hatte die CDU-Fraktion bereits im April diesen Jahres die Expertenanhörung beantragt.*

Im Zentrum des Interesses standen dabei die Themen Juniorprofessur und die leistungsorientierte Besoldung derselben. Die Gesetzesnovellierung des Bundes beinhaltet, dass die bisherige Regelqualifikation für eine Professur – die Habilitation – abgeschafft wird. An ihre Stelle rückt die so genannte Juniorprofessur. Doch was heißt das konkret? Das bislang obligatorische Prüfungsverfahren bestehend aus der Habilitationsschrift sowie dem Vortrag vor der Fakultät mit anschließender Disputation und öffentlicher Antrittsvorlesung ist für die Anwärterinnen und Anwärter auf eine (Junior-)Professorenstelle zukünftig nicht mehr vonnöten.

### Internationaler Vergleich

Als zwingende Voraussetzungen gelten fortan nur noch ein abgeschlossenes Hochschulstudium, eine nicht näher definierte pädagogische Eignung sowie eine besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit, die in der Regel durch die Promotion nachgewiesen wird.

Ziel dieser Neuregelung ist es, die Qualifizierungsphase zum Amt des Professors zu verkürzen und damit eine Verjüngung des Lehrkörpers an bundesdeutschen Hochschulen zu erreichen, um im internationalen Vergleich konkurrenzfähig zu bleiben. Darüber hinaus wird durch das Besoldungsreformgesetz die bisherige C-Besoldung für Professoren durch die W-Besoldung – die so genannte Wissenschafts-Besoldung – ersetzt. Diese neue Besoldungsregelung sieht eine

deutliche Reduzierung der Grundgehälter für Professoren vor, die durch variable, leistungsorientierte Bezüge ergänzt werden sollen. Hierzu zählen neben Berufungs- und Bleibezulagen sowie Funktionszulagen Zulagen für besondere Leistungen in Forschung, Lehre und Nachwuchsförderung. Nähere Bestimmungen über Vergabekriterien

und -verfahren von Zulagen sollen im Landesrecht festgelegt werden. Von dieser Maßnahme verspricht sich der Bundesgesetzgeber, den Anreiz für besondere Verdienste im Bereich der Forschung und Lehre zu erhöhen und den Wettbewerbsgedanken an den Hochschulen im produktiven Sinne zu fördern. Das Motto lautet also: Wer als Hochschullehrer Besonderes leistet wird dafür auch gesondert entlohnt.

Auch wenn Sinn und Zweck dieser Neuregelungen auf den ersten Blick durchaus einleuchten mögen, äußerten die Vertreter der Hochschulen große Zweifel an ihrer erfolgreichen Umsetzung. So herrschte weitgehend Einigkeit unter den Experten, dass die prinzipiell begrüßenswerte Einrichtung der Juniorprofessur eine zusätzliche Alternative des Qualifikationswegs zum Professorenamt darstellen sollte, ohne jedoch das bisherige Habilitationsverfahren komplett abzulösen. Auch die Vorstellung, der Juniorprofessor bzw. die Juniorprofessorin könne von Anfang an die gleichen akademischen Pflichten wie ein Lebenszeit Professor übernehmen (Betreuung von Diplomarbeiten, Promotionsrecht, weitere Qualifizierung in der Forschung und Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben) und das bei gleichzeitig vollem Lehrdeputat von acht Semesterwochenstunden, stelle eine kaum zu bewältigende Anforderung für die Juniorprofessoren dar.

### Sonderstellung

Hier bedarf es laut Expertenmeinung einer angemessenen Regelung, die der Sonderstellung der Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren gerecht wird. Darüber hinaus hielten die Experten auch das leistungsorientierte Besoldungssystem für überarbeitungswürdig. So wie vorgesehen wirke es wegen der vorgegebenen Kostenneutralität weder leistungs- noch qualitätsfördernd, sondern eher kontraproduktiv. Wegen der geplanten niedrigen Grundbesoldung der Juniorprofessoren sei es zudem nicht konkurrenzfähig zu dem Besoldungsniveau in der freien Wirtschaft, was der angestrebten Förderung des Wettbewerbs entgegenstehe.

Ein genauer Zeitplan über die weitere Beratung zum Thema steht derzeit noch nicht fest. Es ist damit zu rechnen, dass die Landesregierung dazu zum Anfang nächsten Jahres einen Gesetzesentwurf vorlegen wird. ax



*Der Ausschussvorsitzende Schultz-Tornau (vorne) und seine Gegenüber, die Sachverständigen.*

*Foto: Schälte*



## Tischtennis: Raffinierte Attacken und „schweinische“ Schnittbälle

Und es gelang wieder nicht, das Team Claudia Karsten/Helmut Diegel vom Tischtennis-Thron zu stoßen. Die beiden wurden ihrer Favoritenrolle beim Landtags-Tischtennisturnier im gemischten Doppel absolut gerecht und verwiesen alle anderen ambitionierten Gespanne auf die Plätze.

An zwei Platten wurde filigran gespielt und verbissen gekämpft. Acht Paare - Kati Deutsch/Michael Rößgen, Petra Meier/Michael Landwehr, Petra Theil/Thomas Schneider, Lydia Klein/Bernd

Hallwaß, Claudia Karsten/Helmut Diegel, Andrea Glende/Georg Widera, Birgit Hielscher/Hans Zinnkann und wechselnde Partnerinnen mit Ingo Wolf - jeder gegen jeden. Der Schweiß floss in Strömen. Mit der Transpiration aber ging einher die Inspiration, die sich in überlegten bis wütenden Attacken, in kontrolliertem Defensivverhalten und/oder in raffinierten bis schweinischen Schnittbällen niederschlug. Wieder einmal konnte sich das begeisterte Publikum am hohen Niveau des Landtagstischtennis erfreuen. Auf höchstem Niveau lag

auch, wie sollte es auch anders sein bei Petra Theil und Thomas Schneider, erneut die Organisation des Turniers. Langjährige Erfahrung ist nun einmal durch nichts zu ersetzen. Immer wieder gelingt es den beiden, die heute bei nahezu jeder größeren Veranstaltung unverzichtbaren Sponsoren zu gewinnen und damit die diversen Rahmenbedingungen des Turniers für die Kontrahentinnen und Kontrahenten so angenehm wie möglich zu gestalten. Über Stunden zog sich das Turnier hin, so dass auch der berühmt-berühmte



Landtagstischtennis auf hohem Niveau: Raffinierte Attacken und „schweinische“ Schnittbälle.  
Illustration: h<sub>2</sub>m

lange Atem gefordert war. Und erst ganz am Schluss konnte abgerechnet werden. Erst nach der letzten Begegnung stand das Siegerpaar fest, konnten Claudia Karsten und Helmut Diegel den lieb ge-

wonnenen imposanten Pokal entgegennehmen und das Siegerpodest erklimmen. Die Jagd aber auf die beiden ist damit beileibe nicht beendet. Im Gegenteil: Nach einer kurzen Verschnaufpause

geht die Hatz erneut los. Schon bei der traditionellen Abschlussbesprechung im Restaurant Tangente wurden diesbezügliche Pläne geschmiedet: Im Fitnessraum sehen wir uns wieder.



## Hilfe aus Langenfeld für psychisch kranke Menschen in der Ukraine

Die alten und kranken Menschen liegen in Lumpen auf nackten Metallbetten, oft keine Matratze, kein Bettzeug, keine Decken. 60 Betten in den Patientensälen. Wer nicht mehr bei Sinnen ist, wird mit Stricken fixiert. Die Ärzte sind rar und über ihre Tätigkeit hinaus mit Verwaltungsaufgaben überlastet. Über der für unsere Augen gespenstischen Szene liegt ein übler Gestank: Mittelalter? Nein, europäische Gegenwart, Alltag in psychiatrischen Kliniken und geriatrischen Stationen 1.400 Straßenkilometer von hier.

Dass sich an diesen menschenwürdigen Zuständen etwas ändert, wenn auch nicht sofort, dann in absehbarer Zeit, dafür setzt sich die Landtagsabgeordnete Gisela Ley zusammen mit vielen anderen Menschen hierzulande ein. Die ehemalige Abteilungsleiterin bei den Rheinischen Kliniken in Langenfeld, Mitglied des Klinikfördervereins und seit 1995 für die SPD im Landtag, weiß, wovon die spricht. Sie hat sich im Sommer an Ort und Stelle umgesehen. Von einem Besuch der Klinik Kulparkow in Lemberg/Ukraine kam sie mit dem festen Willen zurück, humanitäre Hilfe zu leisten: „Was ich da gesehen habe, werde ich mein Lebtag nicht vergessen“.

Und so rollt die Hilfe. Ende Mai machte sich ein Konvoi mit 18 Tonnen Gütern von Langenfeld nach Lemberg in der Ukraine auf, geleitet und begleitet von 14 Angehörigen des Polizeiausbildungsinstituts im westfälischen Selm. Vier Tage später konnten Mobiliar, medizinische Gerätschaften, Matratzen, Textilien, technischen Einrichtungen und Apparate in der Ukraine ausgeladen werden. Vier Lastwagen des Landes waren bis unter Plane und Spriegel voll gepackt. Neben den grünen Lastwagen fielen zwei rot gestrichene Fahrzeuge besonders auf, ein Krankentransporter und ein kleiner Feuerwehrgewagen, in Schuss gebracht in Deutschland.

Aber wer denkt, dass alles sofort in Gebrauch genommen werden konnte, der irrt. Erst kam noch die Stunde der Bürokratie des aufnehmenden Landes. Dutzende von Bescheinigungen mussten den unterschiedlichsten Behörden vorgelegt und von ihnen abgestempelt werden. Nach der Ankunft wanderte ein Großteil der Güter in Lagerhallen mit dicken Schlössern an den Toren.

Aber auch diese Klippe, an der manches gut gemeinte Projekt noch scheitern kann, umschifften die Hilfsgüter. Inzwischen hat Gisela Ley Nachricht aus Lemberg, dass mit der Verteilung an die Klinik begonnen worden ist. Auch die von der ukrainischen Bürokratie argwöh-

nisch beäugten roten Hilfsfahrzeuge können bald rollen – ihnen fehlt nur noch die „TÜV“-Plakette aus Lemberg. „Auch das wird klappen“, ist sich Ley sicher.

Warum die Hilfe für dortige Verhältnisse so rasch und vollständig an ihre Adressaten gelangt ist, dafür weiß Gisela Ley eine einleuchtende Erklärung: Sie hat nämlich in der letzten Zeit ein Netz an Bekanntschaften und Beziehungen geknüpft und weiß im Interesse der Menschen, die als psychisch Kranke an den Rand der Gesellschaft geschoben werden, an den Fäden zu ziehen. Besucht der ukrainische Generalkonsul den Landtag und wird vom Landtagspräsidenten empfangen - Ley spricht mit ihm über das Projekt. Ihren Besuch in Lemberg nutzte sie, um der stellvertretenden

ukrainischen Gesundheitsministerin Grüße aus Deutschland zu übermitteln und sie auf die beklagenswerte Lage der psychiatrischen Kliniken aufmerksam zu machen. Gewinnt ein wichtiger ukrainischer Politiker Wahlen, gratuliert sie ihm und - klar: sie bittet ihn um Unterstützung. Leys Netzwerk erstreckt sich auch auf das Land Nordrhein-Westfalen. Der Innenminister des Landes stimmte zu, dass das Selmer Institut am Transport mitwirken konnte und er tat auch 6.000 Euro in den Spendentopf für die Ukraine.

Der ist im übrigen vor kurzem weiter angewachsen. Im Oktober ging im Festsaal der Langenfelder Kliniken ein Benefizabend über die Bühne. Der Eintrittspreis für das bunte Spektakel unter Schirmherrschaft des Langenfelder Bürgermeisters Staehler kostete 20 Euro. Zusammen mit den Spenden, die an diesem Abend flossen, kamen 4.000 Euro zusammen. Diese Summe teilen sich die Ukraine und die Opfer der ostdeutschen Flutkatastrophe im August.

„Die Hilfe geht weiter, das steht fest“, verspricht Gisela Ley. Sie spricht davon, dass sie noch wirksamer werden soll. Dazu hat man Kontakt mit der niederländischen Henri-Nouwen-Stichting in Rot-



Ausladen der Hilfsgüter

terdam geknüpft, die seit Jahren durch Hilfsaktionen in der Ukraine präsent ist. Sie hat schon fünf holländische Psychiater dorthin geschickt und will in Kürze eine in den Niederlanden ausgemusterte Großküche in Kulparkow installieren. Auch die Essensversorgung der ukrainischen Patienten muss derzeit darben: Einmal im Monat gibt es Fleisch, meist reicht es mittags nur für eine Kohlsuppe, die in ausgedienten Marmeladeeimern auf die Stationen getragen wird: Die Suppe ist wegen der begrenzten finanziellen Mittel nicht nur dünn (und für Mitteleuropäer am Rande der genießbarkeit), sondern auch kalt, wenn sie ankommt. Das werde sich ebenfalls ändern, meint Gisela Ley: „Wir brauchen zu allem nicht nur Geld, sondern auch viel Geduld. Und wir müssen uns auf die Mentalität des Landes einlassen. Mit deutschen Hau-Ruck-Methoden kämen wir nicht weiter“.

J.K.



Sanierungsbedarf: Klinik Kulparkow



## CD(U)-ROM: Datenmix fürs Wahlverhalten

### Innenausschuss erörtert umstrittene Sammelaktion

*Schon vor zwei Monaten hatte die GRÜNEN-Fraktion gebeten, das Thema „Samm- lung personenbezogener Daten durch die CDU Köln zur Bundestagswahl“ in die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform aufzunehmen. Vorausgegangen war im Fernsehen ein Monitor-Bericht mit der Behauptung, die CDU Köln habe Daten über Bürgerinnen und Bürger zusammengeführt, so dass die Erstellung von Profilen über ein wahr- scheinliches Wahlverhalten möglich wurde.*

Die Landesbeauftragte für Datenschutz, Bettina Sokol, berichtete Mitte des Monats im Innenausschuss über das Ergebnis ihrer Recherchen. Diese seien nicht einfach durchführbar gewesen, erklärte Sokol, da sich die beteiligten Stellen mehrmals widersprüchlich eingelassen hätten.

Seit Mitte 1999 habe es geschäftliche Beziehungen zwischen der Geschäftsführung der CDU Köln und dem Meinungsforschungsinstitut dimap gegeben. Diese Firma habe Meldedaten der Kölner Wahlberechtigten mit soziodemografischen Daten einer anderen Firma zusammengeführt. Diese hatte eine Basisdatenbank aus mehreren Informationsquellen mit über einer Milliarde Einträgen erstellt, die alle deutschen Haushalte erfasst.

Diese Daten können legal gehandelt werden und wurden so auch an dimap verkauft, dort mit anderen Daten zusammengeführt, und zwar in einer Weise, die im Ergebnis ein annehmbares Wahlverhalten Personen zuschrieb, deren Anschriften und Telefonanschlüsse dann auch noch richtig zugeordnet waren.

Das Meldeamt der Stadt Köln durfte - legal - schon sechs Monate vor der Wahl Daten bestimmter Gruppen und Jahrgänge ausgeben. Was die Datenschützerin des Landes für unzulässig hält, ist die Herausgabe der Daten aller Wählergruppen, wenn auch nicht auf einmal, sondern in mehreren Paketen. So erhielt die CDU unrechtmäßig die Daten aller Jahrgänge mit Wahlberechtigung einschließlich der (zur Bundestagswahl noch nicht berechtigten) 16- und 17-jährigen Personen.

Rechtswidrig erlangte Daten dürften jedoch nicht weiterverarbeitet oder sonst genutzt werden. Nach Auffassung der Datenschutzbeauftragten haben sich damit das Kölner Meldeamt, die CDU Köln und dimap rechtswidrig verhalten.

Ob ihr dieses Urteil zusteht, bezweifelte der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Theo Kruse. Die Frage der Abgeordneten Monika Düker (GRÜNE) nach der Rechtmäßigkeit der Herausgabe von Gruppenauskünften an andere Parteien bejahte Sokol, zulässig seien Auskünfte über bestimmte Jahrgänge, aber nicht über alle Wahlberechtigten - wenn auch in gestückelter Form. Daher habe sie auch das Verhalten der Stadt Köln förmlich beanstandet. Die Frage, ob in anderen Fällen die Weiterverarbeitung gegebenenfalls rechtmäßig erlangter Daten sowie deren Aufbereitung zur Erkennung eines möglichen Wahlverhaltens einzelner Personen ebenfalls unzulässig sei, werde sie noch mit den zuständigen Aufsichtsbehörden der anderen Bundesländer erörtern. Das Ziel des Handelns in diesem konkreten Fall in Köln sei jedenfalls gewesen, durch das Zusammenführen melderechtmlicher mit anderen Daten aus der Privatwirtschaft und anderen Quellen herauszufinden, wie groß die Wahrscheinlichkeit ist, dass eine bestimmte Person eine bestimmte Partei bei der Wahl favorisiert. Die Frage von Karl Peter Brendel (FDP) nach vergleichbaren Vorfällen in anderen nordrhein-westfälischen Städten beantwortete die Datenschützerin damit, dass es dafür keine Anhaltspunkte gebe.

Wolfgang Fröhlecke



*Konstituierende Sitzung der deutsch-slowakischen Parlamentariergruppe: Dazu erschienen der Leiter des Generalkonsulats der Botschaft der Slowakei, Dr. Ivan Horsky (l.) sowie Ivan Koval, Honorkonsul der Slowakischen Republik (r.). Der Landtagsabgeordnete Dr. Frank Freimuth (SPD, 2.v.l.) wurde zum Vorsitzenden und Jutta Appelt (CDU, 2.v.r.) zu seiner Vertreterin gewählt.*

## Kulturserver-nrw:

### Internetportal zu Kunst und Kultur

Aktuelle Termine und Infos aus allen Bereichen der Kultur(-förderung). Das bietet der kulturserver-nrw im Internet: ein Kulturportal im Netz, kostenfrei und selbst mitgestaltbar durch die Nutzer. Lukas Hegemann, Redakteur bei der Düsseldorf Syrius GmbH, die den kulturserver betreut, stellte vor kurzem dem Kultur-ausschuss dieses neue virtuelle Angebot vor.

Täglich sind an die 345 Termine aus Nordrhein-Westfalen abrufbar, insgesamt sind es mehr als 8.500 aktuelle Termine. Dabei sind alle Nutzer aufgerufen, selbst Veranstaltungshinweise einzustellen. Die Redaktion prüft erst nachträglich. Erst einmal wurde das Angebot missbraucht, als ein Eintrag mit pornografischen Tendenzen gelöscht werden musste.

Zum Angebot gehören auch Kulturinstitutionen mit ihren Adressen, Öffnungszeiten als Web-Visitenkarten. Über einen Link wird von dort zur Homepage etwa eines Museums geführt. Das Werkzeug, um eine eigene Web-Seite aufzubauen, liefert der kulturserver-nrw gleich mit - so sollen Künstler und Kulturschaffende an das Internet herangeführt werden. Dazu gehören auch die Kommunen, die dank der Grundförderung durch das Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport unentgeltlich die Technik der Datenbank nutzen können. Auf Wunsch werden die Angebote und Layouts an die Bedürfnisse der Anwender angepasst und damit sparen die Kommunen Geld in Zeiten knapper Haushaltskassen.

Da die Daten des kulturserverns auch vom Kulturportal Deutschland abgerufen sowie von 50 Kommunen genutzt werden - diese übernehmen die Daten in ihr eigenes Internetangebot - sind die Hinweise, die ein Nutzer im kulturserver eingibt, von vielen verschiedenen Stellen aus zu finden. Damit potenziert sich der Verteilerkreis und die Informationen werden breit gestreut.

Von Wolfgang Knauff, Geschäftsführer der Stiftung kulturserver.de und verantwortlich für die Software, wurde die Präsentation durch praktische Beispiele online illustriert. Die anschließende Diskussion mit den Abgeordneten zeugte von dem regen Interesse an diesem Medium. Die Vorsitzende des Kulturausschusses, Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU), zeigte sich beeindruckt von den Möglichkeiten dieser virtuellen Suche. - Internetadresse: <http://www.kulturserver-nrw.de>  
Monika Pirron



## Erster Nationalpark: Zustimmung fast grenzenlos

*Nordrhein-Westfalen soll seinen ersten Nationalpark erhalten (13 gibt es schon in der Bundesrepublik). Nach Abzug der belgischen Streitkräfte vom Truppenübungsplatz Vogelsang in der Eifel im Jahr 2004 soll ein über 9.000 Quadratkilometer großes Gelände mit einzigartigen Biotopen und weltweit einmaligen Buchenwaldgemeinschaften zu einer großräumigen Landschaft von nationaler und internationaler Bedeutung entwickelt werden – mit positiven Folgen für Natur und die dort lebenden Menschen. Die Einbeziehung der angrenzenden Gebietskörperschaften und ihrer Einwohner bei der Einrichtung des Parks fordern beide Anträge. Die CDU (Drs. 13/3152 neu) verlangt ergänzend eine solide finanzielle Grundlage; SPD und GRÜNE (Drs. 13/3181) nehmen, was die im Übungsgelände liegende Ordensburg Vogelsang angeht, die Bundesregierung mit ins Boot. An ihr liege es, die Geschichte der ehemaligen NS-Ordensburg Vogelsang aufzuarbeiten.*

**Clemens Pick** (CDU) erinnerte daran, dass die Bevölkerung in diesem Gebiet schon seit 50 Jahren eine zivile Nutzung anstrebt; den Belangen der belgischen Streitkräfte sei aber immer Vorrang eingeräumt worden. Die Pläne für einen Nationalpark hätten überall ein positives Echo gefunden. Auch die Landtagsfraktionen seien für die Sache - warum dann also noch der Antrag seiner Fraktion? Pick: Weil es noch offene Fragen gebe

und die Städte und Gemeinden planungsrechtliche und finanzielle Grundvoraussetzungen schaffen müssten. Der Antrag solle zur Eile drängen und den Ministerpräsidenten dazu veranlassen, sich in seiner Regierungserklärung zum Nationalpark Eifel zu äußern.

**Hans Hafke** (SPD) schilderte die positiven Aussichten, die das Projekt habe und erwähnte besonders, dass in diesem Fall der überwiegende Teil der Fläche im Besitz von Bund und Land sei. Der Nationalpark Bayerischer Wald belege eindrucksvoll die Chancen der regionalen Entwicklung, die über die Grenzen in diesem Gebiet hinweg ausstrahle. Der Landtag begrüße und unterstütze die überaus positive Resonanz in und aus der Region gegenüber dem Nationalpark: „Als Ergebnis des großen Konsenses aller Parteien unterstützen wir die Landesregierung in ihrem Bestreben, das Projekt Nationalpark Eifel zügig und zielgerichtet anzugehen“. Von großer Bedeutung sei dabei nicht zuletzt auch die finanztechnische Regelung der Altlastenfrage auf dem Militärgelände.

**Felix Becker** (FDP) mahnte – bei aller Zustimmung und allem Optimismus – zur Zurückhaltung. Es gehe hier um eine Entwicklung, die über Generationen sich hinziehe. Da könne man der Bevölkerung nicht vorgaukeln, dass in vier oder fünf Jahren die heile Ökowelt im Sinne eines naturnahen Buchenwaldsystems vorhanden sei. Seine Fraktion sei für Naturschutz – „und zwar mit und nicht gegen die Bevölkerung“. Man müsse die Menschen mitnehmen, denn der „unselige, vor allem grüne Ordnungsbehördenhammer schafft nicht mehr Öko, sondern höchstens mehr Widerstand“. Es dürfe nicht dazu kommen, wie eine Zeitung jüngst titelte: „Vom Eifelwald zum Paragrafenschungel“.

**Reiner Priggen** (GRÜNE) freute sich: „Was wir hier machen, ist eine der wahrscheinlich schönsten Sachen, die wir in dieser Legislaturperiode in diesem Landtag erreichen können: Wir schaffen den ersten Nationalpark in Nordrhein-Westfalen!“ Die gebe es aktuell nur in der Eifel, „perspektivisch“ auch beim Truppenübungsplatz Sennelager in Ostwestfalen. Der Sprecher äußerte sich zum Verhältnis der Menschen dort mit den Belgiern und erinnerte an das Auftreten der Besatzungstruppen, die nach dem 2. Weltkrieg geplant hatten, Teile der Kreise Monschau und Euskirchen dem belgischen Staat einzuverleiben. Es sei ein „schöner Übergang, dass aus dem Ganzen nun ein Nationalpark wird“. Für die Gebäude der „Ordensburg“ (Priggen: „Von Dimensionen des Reichsparteitagsgeländes in Nürnberg“) aus der Nazizeit müssten zusammen mit dem Bund Perspektiven für die Zukunft gefunden werden.

**Naturschutzministerin Bärbel Höhn** (GRÜNE) lobte beide vorliegenden Anträge. Das zeige, man befinde sich auf einem guten Weg. Die ländlichen Gebiete des Landes, in denen sechs Millionen Menschen leben, und damit auch die Eifel verdienten, dass sie den Leuten in NRW und anderswo bekannt gemacht werden. Im Interesse der Natur und der Menschen wolle man Naturschutz und Landwirtschaft verbinden, den Tourismus stärken und etwas mehr für die Beschäftigungsmöglichkeiten in der Region tun. Experten hätten die „naturschutzfachliche Qualifikation“ des künftigen Nationalparks bestätigt. Die vom Ministerium im nächsten Jahr vorgelegte Nationalparkverordnung werde in den Ausschüssen mit den Abgeordneten erörtert, denn man wolle gemeinsam gestalten. Das sei einer der Erfolgsfaktoren, die für das Gelingen der Idee werben.



*Beeindruckende Vielfalt der Natur in der Eifel – nicht nur bis zum Horizont reichende Wälder, sondern auch kleine Sehenswürdigkeiten wie die berühmte Wiese voller Narzissen im Tal der Olef, die sich jedes Jahr aufs neue gegen den langen Eifelwinter durchsetzen. Foto: Kamp*



## Jugendschutzdelegation in Russland Zusammenarbeit mit Nordrhein-Westfalen vereinbart

Zufrieden ist der Gütersloher Landtagsabgeordnete Jürgen Jentsch (SPD) aus der russischen Region Nizhny Novgorod nach Nordrhein-Westfalen zurückgekehrt. In seinen Gesprächen mit dem Präsidenten, Evgeny Lyulin, bahnt sich jetzt auf der Ebene der Landesparlamente eine – nach Ansicht beider Gesprächspartner – überfällige Zusammenarbeit an.

Wie ernst die NRW Expertendelegation, zusammengestellt von der Landesarbeitsgemeinschaft für den Kinder- und Jugendschutz in NRW, genommen wurde, zeigte sich auch daran, dass die russischen Medien die Gäste begleiteten; der größte regionalen Fernsehsenders sendete ein halbstündiges live Interview mit dem nordrhein-westfälischen Politiker.

Neben den politischen Gesprächen nahmen die fachlichen Veranstaltungen und Diskussion zum Jugendschutz in den russischen und deutschen Medien den größeren Raum ein. Insbesondere Fragen zur Medienkompetenz und Gewalt, vor allem in der Fernsehberichterstattung, standen im Mittelpunkt der Treffen mit Bildungsminister Naumov und dem Rektor der staatlichen Universität, Alexander Khokhlov.

Informationen aus erster Hand erhielt die Delegation bei Besuchen in Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie einer Privatschule. Die Fachleute aus NRW konnten in den Diskussionen hilfreiche Anregungen geben, daneben stellten sie ihre Projekte in Nordrhein-Westfalen vor. Der Gütersloher Landtagsabgeordnete, der die weitere Zusammenarbeit in den Fragen des Kinder- und Jugendschutzes anregte,



Junge Russinnen in traditioneller Kleidung.

Foto: Hinz

zeigte sich über die positiven Ergebnisse überrascht.

Zum Abschluss der Reise stand ein Besuch in einem Kinderheim auf dem Programm. Das dort vorhandenen Know-how in der Video Clip Produktion soll genutzt

werden, um gemeinsam mit deutschen Jugendgruppen Videos zu gesellschaftspolitischen Themen zu erstellen und auszutauschen. Zu diesem Zweck wurde die Installation einer gemeinsamen Homepage im Internet vereinbart.



### Gegen Kürzungen

„Muttersprachlicher Unterricht ist Teil der Integration“, sagt Landtagspräsident Ulrich Schmidt. Von der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte (LAGA), der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und von türkischen und spanischen Elternverbänden nahm er 50.000 Unterschriften gegen Kürzungen für muttersprachlichen Unterricht entgegen. Die Eltern fordern, dass die zur Streichung vorgesehenen 450 Stellen erhalten bleiben. (v.l.) Dr. Jürgen Schmitter, Meylüt Asar (beide GEW), Tayfun Keltok (LAGA), Kadir Daglar (Föderation Türkischer Elternvereine), Landtagspräsident Ulrich Schmidt, Taner Atabek (türkischer Lehrerverein) Norbert Müller (GEW).

Foto: Schälte



## Krebsregister soll schrittweise aufgebaut werden

*Im Ausschuss für Frauenpolitik (Vorsitzende Gerda Kieninger, SPD) berichtete Staatssekretärin Cornelia Prüfer-Storcks (Gesundheitsministerium) über den Sachstand zum Aufbau eines Krebsregisters NRW. Zum CDU-Antrag, ein flächendeckendes Krebsregister aufzubauen (Drs. 13/2637), führt der federführende Gesundheitsausschuss Anfang 2003 eine Anhörung durch.*

**CDU-Sprecherin Regina van Dinter** hielt ein solches Register im bevölkerungsreichsten Land für notwendig und verwies auf das fortschrittliche Beispiel der Niederlande. Trotz geschätzter Kosten von drei Millionen Euro dürfe es keinen Aufschub für zehn Jahre geben. Mit den Krankenkassen müsse offensiv diskutiert werden. Neue Er-

kenntnisse würden betroffenen Menschen Leid und den Kassen Kosten ersparen. Brigitte Kapune-Kitka (FDP) sprach sich dafür aus, das Krebsregister Schritt für Schritt zu entwickeln. Ein großes Problem werde der bürokratische Aufwand sein. Jedoch diene das Register der Prävention und spare damit Kosten.

**Marianne Hürten, Sprecherin der GRÜNE-Fraktion**, hielt die sichere Qualität der Daten für wichtig. Der Prozess werde sich über Jahre hinziehen, die Weichen müssten aber jetzt gestellt werden. Angesichts der Kosten müssten auch andere Gruppen außer der Deutschen Krebshilfe zur Mitfinanzierung herangezogen werden. Die Erfahrungen von Münster seien wichtig und sollten landesweit weitergegeben werden.

**Inge Howe (SPD)** machte auf den hohen administrativen Aufwand der Krankenhäuser aufmerksam, weshalb schrittweises Entwickeln notwendig sei. Zuerst solle ein qualitatives Register erarbeitet werden, anschließend solle es um die Quantität gehen. „Der Weg ist das Ziel“, sagte sie.

**Staatssekretärin Prüfer-Storcks** hatte berichtet, nach dem Krebsregistergesetz von 1985 sei Münster einer der ersten Standorte, an denen das Register eingeführt worden sei. 2,6 Millionen Menschen würden erreicht. Das Register von Münster greife auf vier verschiedene Datenquellen zurück. Auf dieser Basis könne für die Verknüpfung von klinischem und epidemiologischem Bereich ein Konzept erarbeitet werden. Realistischer als ein komplettes Krebsregister, pragmatisch und effektiv wäre eine flächendeckende Registrierung von Brustkrebskranken in NRW. Die Bundesinitiative der CDU lehne die Landesregierung ab. Sie strebe, auch im Interesse der Krankenkassen, einen Länderabgleich an.

## FC Landtag: Beruhigt in die Winterpause

Mit dem beruhigenden Gefühl eines Sieges geht der FC Landtag in die Winterpause. Nach zwei vorangegangenen Niederlagen ist das ein versöhnlicher Abschluss der Saison 2002. Taktisch klug hatte der FCL NRW für die Freunde aus Sachsen vor dem Match einen strapaziösen Programmpunkt eingebaut. Ganz eindeutig steckte den Sachsen die Führung treppauf und treppab durch das nordrhein-westfälische Parlamentsgebäude beim Anpfiff noch in den Gliedern. Jedenfalls kam der FCL NRW auf regennassem, aber gut bespielbarem Gelände besser in die Gänge und wurde auch noch begünstigt durch ein etwas glückliches Führungstor, das wieder einmal Multi-Kulti-Mayer erzielte. Das 2 : 0 allerdings war eine sehenswerte Direktabnahme von Jens Harmeier, die sich wunderschön im Bogen ins Netz des FC Landtag Sachsen senkte.

Das Gehäuse von FCL-Keeper Rene Markgraf geriet nur selten in wirkliche Gefahr. Die Abwehr um Wolfgang Eute neuer, der sich wie gewohnt dirigierend auch ins Offensivspiel einmischte und immer wieder Impulse gab, stand sicher. Dietmar Brockes räumte konsequent ab. Werner Jostmeier fegte über die rechte Außenbahn, und Ralf Jäger erweiterte von Minute zu Minute seinen Aktionsradius im Mittelfeld. Vorne lauerte Willi Nowack, ein unangenehmer Kontrahent für jeden Abwehrspieler, weil er wie kaum ein anderer sich breit machen, den Hintern rausstrecken und so die Kugel für sich vereinnahmen kann. Ein Tor allerdings blieb dem FCL-Knipser diesmal

ver-

sagt. Die besorgten zum 4 : 0 erst Jürgen Cosse, dessen Schuss aus kurzer Distanz noch abgefälscht wurde, und dann Jupp Föhles, der seinen Teil auch zu einer der spektakulärsten Szenen des Spiels beitrug: Aus der Drehung jagte er den halbhoch daherkommenden Ball etwa vom Elfer auf das Tor der Sachsen. Der Torwart aber riss reflexartig die Fäuste hoch und verhin-derte so, dass das Leder zum 5. Tref-fer unter der Latte ein-schlug. Eine tolle Szene, die von den Fans beider Lager mit fre-neti-

schem Applaus begleitet wurde. Der Sieg fiel zu hoch aus. Der Freundschaft zwischen den beiden Teams und ihrem Anhang, die in der Düsseldorfer Altstadt unter der kundigen und sangeskräftigen Führung von FCL-Präsident Günter Langen weiter intensiviert wurde, tut das keinen Abbruch. Wir freuen uns auf ein Wiedersehen mit den Sachsen.





## SPD: „Wo Hilfe dringend gebraucht wird, gibt es sie auch in Zukunft“

Die Jugendpolitiker der SPD-Landtagsfraktion setzen sich dafür ein, dass die kommunalen Erziehungsberatungsstellen und Kindererholungsmaßnahmen weiterhin vom Land gefördert werden. Angesichts der schwierigen Haushaltslage müsse auch hier ein Konsolidierungsbeitrag geleistet werden, erklärte Bernd Flessenkemper, Vorsitzender des Arbeitskreises Kinder, Jugend, Familie. Die bewährte Struktur der Erziehungsberatungsstellen dürfe aber nicht zerschlagen werden. Es handele sich zwar um eine kommunale Aufgabe. Die

Kommunen seien derzeit aber nicht in der Lage, ausfallende Landesförderung vollständig zu kompensieren. „Wir haben in den bisherigen Beratungen des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2003 erreicht, dass die Kürzungen nicht so stark ausfallen wie von der Landesregierung vorgeschlagen“, erklärte Flessenkemper. Das Land fördere Lebens-, Ehe- und Erziehungsberatungsstellen in freier Trägerschaft. Daneben gebe es kommunale Beratungseinrichtungen, die bisher ebenfalls vom Land Zuschüsse für ihre Arbeit erhalten hätten.

Auch in einem weiteren Bereich wollen die Jugendpolitiker der SPD-Fraktion dafür sorgen, dass der Rotstift weniger stark eingesetzt wird, als bisher geplant, und zwar bei Familienerholungsmaßnahmen. In deren Rahmen, so Bernd Flessenkemper, würden zum Beispiel durch die Stadtranderholung vor allem für solche Kinder Freizeit-Aktivitäten angeboten, die aufgrund ihrer familiären oder sozialen Situation überhaupt keine Chance hätten, Ferien mit Gleichaltrigen zu erleben.

## CDU für Wahrung der Totenruhe

Die CDU-Landtagsfraktion lehnt den von der Landesregierung vorgelegten Entwurf zum Friedhofs- und Bestattungsgesetz entschieden ab. Aus ihrer Sicht darf die Totenruhe nicht durch lediglich „zweckrationales Denken und Kommerzialisierung“ zerstört werden. In einem dazu von der Fraktion verabschiedetem Positionspapier heißt es: „Im Umgang mit den Toten drückt sich das Verhältnis zum eigenen Menschsein aus. Totenwürde ist daher Menschenwürde. Diese Menschenwürde ist unverfügbar, und niemand hat das Recht oder die Freiheit,

sich seiner Menschenwürde zu begeben.“ Bei dem von Rot-grün vorgelegten Gesetzentwurf vermisst die CDU an mehreren Stellen einen „würdevollen Umgang mit dieser sensiblen Thematik.“ So tritt sie dafür ein, dass Bestattungen auch künftig in der Regel in einem Sarg vorgenommen werden. Ausnahmen müssten aber für bestimmte Religionsgruppen, beispielsweise für Muslime, ermöglicht werden.

Die CDU-Landtagsfraktion spricht sich dafür aus, dass Urnen mit der Asche von Verstorbenen weiterhin beigesetzt wer-

den müssen. Die Übergabe der Urne an Angehörige könne eine „angemessene Totenruhe und damit würdige Trauerarbeit für alle Trauernden nicht auf Dauer gewährleisten“, heißt es zur Begründung. In ihrem Positionspapier betonte die CDU-Landtagsfraktion abschließend, dass es sich in der Vergangenheit bewährt habe, dass nur Kommunen oder öffentlich rechtlich anerkannte Religionsgemeinschaften Träger von Friedhöfen sein können. „Sie gewährleisten eine angemessene Totenruhe und geben Angehörigen die Möglichkeit, jederzeit am Grab ihrer Verstorbenen zu trauern.“

## FDP: Neue Sicherheitsarchitektur

Erneut tagte die bundesweite FDP-Innenrunde im nordrhein-westfälischen Landtag. Aus aktuellem Anlass wurde die umfangreiche Tagesordnung um das von Berlin und dem Saarland angestoßenen Thema „Öffnungsklausel für die Beamtenbesoldung“ erweitert. Nach ausführlicher Diskussion konnte der innenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion NRW, Horst Engel, zusammenfassen, dass eine solche Öffnungsklausel bei den Innenpolitikern auf überwiegende Skepsis stöße.

Vor dem Hintergrund der jüngsten Drohungen der El Kaida, nach denen auch Deutschland in das Visier des islamischen Terrors geraten ist, sprach sich die FDP-Innenrunde geschlossen für die Schaffung einer neuen Sicherheitsarchitektur aus. Mit Blick auf die aktuelle Bedrohungssituation forderten die Teilnehmer einen effizienteren Katastrophenschutz, insbesondere eine moderne technische Ausrüstung sowie eine funktionelle Infrastruktur für die medizinische Versorgung bei Großschadensereignissen.



Unser Bild zeigt v.l.: Judith Pirscher, rechtspolitische Referentin der FDP-Fraktion, Horst Engel und Dr. Ingo Wolf.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen



## Grüne:

### In der Eifel entsteht erster Nationalpark in NRW

Mit einem grün initiierten Antrag wird die Landesregierung beauftragt, alle rechtlichen und politischen Maßnahmen zu ergreifen, um das Gebiet des derzeitigen Truppenübungsplatzes Vogelsang und die daran anschließenden naturnahen Landschaftsräume (siehe Bild) in den „Nationalpark Eifel“ umzuwandeln. Damit wird noch in dieser Legislaturperiode ein wichtiger Grundstein für den ersten Nationalpark in NRW gelegt.

Besonders wichtig ist den Grünen neben der ökologischen Wertigkeit die regionalökonomische Bedeutung des Leitprojektes: Das touristische Einzugs Potenzial rund um den Nationalpark Eifel ist mit sieben bis acht Millionen Menschen sehr hoch. Der Nationalpark würde nicht nur ökologisches, sondern auch touristisches Highlight werden.

Mit dem Nationalpark soll auch für die ehemalige NS-„Ordensburg“ Vogelsang im Kern des Gebietes ein Nutzungskonzept erarbeitet werden, das der historischen Verantwortung gerecht wird.

Luftbild Karl Pauly/Nutzungsrecht: Förderverein Nationalpark Eifel



## Ein waschechter Düsseldorfer als Büroleiter

Werner Sesterhenn: Neuer Persönlicher Referent des Landtagspräsidenten

In der Vielzahl der Berater liegt die Sicherheit. Das hat sich schon der amerikanische Präsident John F. Kennedy zu Eigen gemacht. Kein Präsident kommt ohne persönlichen Referenten aus. Nun hat auch Landtagspräsident Ulrich Schmidt wieder seinen persönlichen Berater an seiner Seite: Werner Sesterhenn heißt der Neue, der auf Dr. Rolf



Mützenich folgt, der für die SPD in den Bundestag gewählt wurde. Seit Mitte November hat der 51-jährige Beamte seinen neuen Arbeitsplatz beim Landtagspräsidenten eingenommen.

Als Persönlicher Referent leitet Sesterhenn gleichzeitig das Präsidialbüro. Der Diplom-Verwaltungswirt hat zuletzt als Persönlicher Referent das Büro der Düsseldorfer Bürgermeisterin geleitet. 1968 fing Sesterhenn, gebürtig in Cochem an der Mosel und Vater zweier Kinder, bei der Feuerwehr der Stadt Düsseldorf an. Schnell arbeitete er sich durch diverse Verwaltungsjobs, war im Ordnungsamt, dann im Werbe- und Wirtschaftsförderungsamt, Assistent der SPD-Ratsfraktion und dann Leiter des Büros der Düsseldorfer Oberbürgermeisterin Marlies Smeets. Für Sesterhenn, der sich seit Jahren als waschechten Düsseldorfer ansieht, ist die neue Arbeit im Landtag „eine große Herausforderung“.

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf  
Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Telefon (0211) 884 23 03, 884 23 04, 884 25 45 und 884 23 09, FAX 884 30 22  
Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
Herstellung und Versand: L. N. Schaffrath,  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche

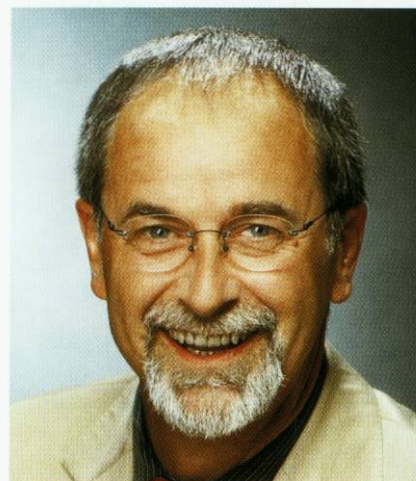
*Es ist ein kleines Geheimnis, das Helmut Stahls Büro von anderen Zimmern im Landtag unterscheidet. Wenn man eintritt, empfängt einen gleich eine Atmosphäre der Behaglichkeit. Ein unaufdringlicher, würziger Duft von Pfeifentabak ist es, der zur Entspannung beiträgt. Helmut Stahl, ein Mann mit asketischem Aussehen und einer Vorliebe fürs Grau, fragt zunächst, ob der Rauch störend sei und schon läuft die Konversation. Der 55-Jährige erzählt von seiner Leidenschaft und wie er sich als 20-Jähriger für die Pfeife entschieden hat. „Zigaretten sind mir zu hektisch“, sagt er und flachst, dass die Kriminalitätsrate unter Pfeiferauchern verschwindend gering sei. Stahl zieht genüsslich an seiner Pfeife, als wolle er den Scherz nochmals nachkosten. Die Pfeife ist ein Klassiker, eine Savinelli, gefertigt aus Bruyère-Holz, geradlinige Form.*

*Mit Stahl redet es sich leicht, über Politik, über Gott und die Welt. Es gehört ja ohnehin zum Anforderungsprofil eines Parlamentarischen Geschäftsführers, kommunikativ zu sein. Schließlich muss der gebürtige Olper, der seit mehr als zwanzig Jahren in Bonn wurzelt, die CDU-Landtagsfraktion auf Kurs halten. Der „PG“, wie er intern genannt wird, muss die 88 Abgeordneten auf Abstimmungen einchwören und den Korpsgeist fördern. Stahl bezeichnet sich wohlwollend als „Hütehund“ - ein durchaus gutmütiges Wesen also, das allerdings auch die Zähne zeigen kann, wenn jemand in der Herde widerspenstig wird.*

### Politische Freundschaft

*Die erste Bewährungsprobe stand ihm mit der Wahl des neuen Ministerpräsidenten in der ersten Novemberwoche bevor. Dass letztlich zwei unerkannt gebliebene Abgeordnete aus der Opposition ebenfalls für den Kandidaten der rot-grünen Regierungsmehrheit, Peer Steinbrück, votierten, scheint ihn nicht zu stören. Es sei ja keine Stimme aus seiner Fraktion gewesen, sondern aus der FDP, sagt Stahl. Aber auch wenn es anders wäre, er würde gewiss dasselbe sagen. Als Parlamentarischer Geschäftsführer ist Stahl schließlich auch der wichtigste Streiter für die Glaubwürdigkeit und Autorität seines Vorsitzenden Jürgen Rüttgers. Ihn und Rüttgers verbindet eine lange politische Freundschaft. Kennen gelernt haben sie sich zu Beginn der 90er Jahre, als beide noch auf ihre Weise für die Bundesregierung tätig waren. Stahl als Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt von Helmut Kohl; Rüttgers als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die Wertschätzung war so groß, dass Rüttgers, nachdem er 1994 zum Superminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie ernannt worden war, Stahl als Staatssekretär zu sich rief.*

*Sein ungewöhnliches Talent für administrative Arbeit prädestinierte ihn für solche Aufgaben. Das dafür notwendige politische Fundament wurde in seiner Kindheit gelegt. Er wurde „am Mittagstisch politisiert“ und trat als 18-Jähriger der CDU bei. Ab 1975 war der diplomierte Volkswirt in der CDU-Bundesgeschäftsstelle*



Helmut Stahl (CDU)

*tätig, dann in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und danach als Leiter der Grundsatz- und Planungsabteilung im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Der Aufstieg ins Zukunftsministerium von Rüttgers kennzeichnete für beide den Höhepunkt ihrer eingeschlagenen Karrieren. Umso schmerzhafter war dann die Ablösung der Kohl-Regierung vor vier Jahren. „Es waren schlimme Wochen. Das war so, als ob sie einen Araberhengst in eine Box stellen“, sagt Stahl.*

*Am 29. Oktober 1998 wurde Stahl offiziell in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Daraufhin wechselte er notgedrungen auf die politische Bühne. Er trat nur wenige Monate später als Kandidat für das hauptamtliche Oberbürgermeisteramt in Bonn an, absolvierte einen strapaziösen Wahlkampf und schaffte im September 1999 einen Überraschungserfolg: Er bezwang im ersten Wahlgang die SPD-Kandidatin Bärbel Dieckmann, verfehlte allerdings die absolute Mehrheit. Im zweiten Durchgang setzte sich die Konkurrentin durch. Seine nächste Chance konnte er im Mai 2000 nutzen: Stahl zog über einen Listenplatz in den Landtag ein. Vielleicht war das der Beginn einer neuen Karriere. Es sei für ihn jedenfalls unvorstellbar, jetzt schon zum Spazierstock zu greifen, sagt Stahl.*

*Also schlug der Vater zweier erwachsener Kinder den anderen Weg ein, der wiederum viel von seiner freien Zeit abverlangt. Seit seiner Wahl zum Parlamentarischen Geschäftsführer im Oktober findet er nur noch am Wochenende Zeit für den Dauerlauf (das Wort Joggen steht bei ihm auf dem Index). Auch seine Streifzüge durch die Siegaue bei Bonn muss er einschränken. Immerhin die Bilder der Vögel, die dort zu beobachten sind, hat er sich eingeprägt. Stahl kennt nach eigener Aussage zwei Drittel der etwa 450 Arten in Europa. Beim Flussuferläufer oder Zwergtaucher gerät er ins Schwärmen. Das Interesse für Ornithologie wurde bereits in seiner Kindheit geweckt. Die Leichtigkeit der Vögel, sich in die Lüfte zu erheben, findet er seitdem unheimlich faszinierend. Es sind auch solche hoch fliegenden Gedanken, die Helmut Stahl bisweilen losgelöster erscheinen lassen als andere Politiker.*

Kristian Frigelj

*(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)*



## Zur Person

**Dr. Bernhard Kasperek** (SPD), hat den Marathonlauf in New York zur Reklame für die Olympiabewerbung der Rhein-Ruhr-Region für das Jahr 2012 genutzt. Diesen für ihn ersten Marathonlauf im fröhlich-bunten Trikot der Bewerbung schaffte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion in vier Stunden und acht Minuten. New York ist übrigens - neben anderen Städten der Welt - Konkurrent Nordrhein-Westfalens bei der Bewerbung für die Olympischen Spiele des genannten Jahres.

★

**Helmut Stahl** (CDU), parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion, ist vom Landtag einstimmig zum Mitglied des Ältestenrats gewählt worden. Er tritt damit die Nachfolge von Herbert Reul (CDU) an. Stahl wurde zugleich als Mitglied in das Kontrollgremium nach Paragraph 24 des Verfassungsschutzgesetzes entsandt, wo er Nachfolger von Heinz Hardt (CDU) ist.

★

**Wolfgang Gerhards** (SPD), Justizminister des Landes, hat Klaus-Dieter Schubmann-Wagner (52) zum Staatssekretär im NRW-Justizministerium berufen. Schubmann-Wagner war bisher in gleicher Funktion in Mecklenburg-Vorpommern tätig.

★

**Professor Karl Ganser**, ehemaliger Direktor der Internationalen Bauausstellung Emscherpark (IBA), hat für seine Verdienste um die Revitalisierung des Ruhrgebiets die Heinz-Schmitz-Gedächtnismedaille des Bundes Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure erhalten.

## Ausstellungen in Landtag:

Für den Monat Dezember ist eine weitere Ausstellung im Landtag Nordrhein-Westfalen angekündigt. Pünktlich zum Fahrplanwechsel und zur Einführung des neuen Preissystems veranstaltet die Deutsche Bahn Regio NRW in der Zeit vom 10. bis 18. Dezember eine Ausstellung in der Eingangshalle des Landtags. Dabei möchte die DB Regio Besucherinnen und Besucher über ihre Strukturen, Produkte und Perspektiven informieren. Themen werden beispielsweise die Planungen zum Metrorapid, die Neuerungen im Öffentlichen Personennahverkehr sowie die vielfältigen Ausbildungsmöglichkeiten bei der DB sein. Die offizielle Ausstellungseröffnung findet am 12. Dezember statt. Ab 9.30 Uhr sprechen hier Landtagspräsident Ulrich Schmidt und der neue Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung, Dr. Axel Horstmann (SPD).

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Montage: Söhle

**Zufriedenheit** herrscht bei den Ausstellern der 28 Hochschulen, wurden ihre Bemühungen um die aufwendige Forschungsschau im Landtag bislang durch eine stetig steigende Zahl an Besuchern belohnt. Allein zur Ausstellungseröffnung durch Landtagspräsident Ulrich Schmidt sowie Forschungsministerin Hannelore Kraft waren über 400 Besucher im Landtag erschienen. Für das anschließende Symposium zum Thema „Forschungstransfer aus NRW-Hochschulen“ hatten sich im Voraus 417 Teilnehmer angemeldet. Auch an den übrigen Ausstellungstagen waren die Tagesbesucherzahlen durchaus zufrieden stellend, wobei während der Plenartage besonders viel Betrieb an den Ständen herrschte. Zu bestaunen waren unter anderem ein neuartiges Rettungssystem für Segelflugzeuge und Motorsegler der Fachhochschule Aachen (o.r.), der so genannte „Ferrofluid-Igel“, ein Projekt aus Nanomaterialienforschung der Universität Essen (u.l.) und „Crista - die coole Lady aus dem All“, ein Welt-raumteleskop zur Erforschung der Erdatmosphäre der Bergischen Universität Wuppertal (u.r.), das bereits drei „Besuche im All“ hinter sich gebracht hat. ax